# KOMMUNE X

# Gesammelte Werke gegen uns ★

INHALT


| | Seite |
|---|---|
| Sprüche | o,1 |
| I. alte Broschüre(Mitte Juni) | |
| 1. Humphrey, juristisch | 2 |
| sonst(Elternbriefe) | 1o |
| Nachtrag dazu(lies S. 9 vor S. 9a,b) | 9a,b |
| 2. Der arme SDS | |
| 3. Brandstiftung(Vorbereitendes) | 17 |
| 4. Flugblätter 6 - 9, 1o | 2o |
| Anklageschrift und Selbstanzeige | 25 |
| 4. Fritz(damals) | 31 |
| 5. was tun? | 32 |
| II. Kuriosa | |
| 1. Hausverbot Lieber | 33 |
| 2. Strafbefehle(Africa Addio, 1o. Dez., 3 Wochen Urlaub) | 34 |
| 3. Notiz: Mädchen habens schwer | 36 |
| 4. Haus gesucht | 36 |
| 5. Mach Dir ein paar schöne Stunden, kidnappe Kinder | 38 |
| III. Die Justiz ist garnicht so..... | |
| 1. Die Seifenoper(Mit Grass-Gutachten, Erstveröffentl.) | 4o |
| 2. Fritz der Landfriedensbruchpilot | 47 |
| IV. Zum Schluß(mit Beschluß, über Fluchtgefahr) | 58 |


Notiz zur Gliederung:

Die Broschüre hat nun drei Teile. Der erste entspricht im Wesentlichen der alten, der Situation Mitte Juni. Die Humphreyaktion haben wir reinergänzt, ein toter Hund.
Der zweite, zur Erholung, sind die Kuriosa von damals und heute, für Jeden etwas.
Im dritten schließlich steckt unsere Situation jetzt, Anfang September. Nach der Brandstiftungssache und der Fritzbefreiung. Neben dem üblichen schlechten Deutsch ist da unter anderem Lusti ges zu den Gutachten und Fritzbriefe, von und an.

September 1967

Wer was will:

KOMMUNE I, 1 Berlin 12, Kaiser Friedrich Straße 54a

## ANFANG SEPTEMBER

Ferien.
Fritz haben wir trotzdem herausgeholt - ein Bein hat er allerdings noch drin, ein kleines.
Und diesmal haben wir an den Interviews und so weiter kaum was verdient, der Fritz hat so gar nichts hergegeben.

## WIR BRAUCHEN ALSO GELD

Und da fiel uns unsere Broschüre ein, mit der wir schon was verdient hatten. Um sie nochmal verkaufen zu können, mußten wir sie allerdings auf den Stand bringen, Brandstifterprozeß und Fritz.
Sie war ja ursprünglich Mitte Juni, also kurz nach dem 2. geschrieben worden. So war sie denn auch.
Ihr könnt das noch nachlesen, welche Angst sogar wir hatten, geschweige denn die übrigen Studenten, die den großen Hammer der vielen kleinen Leute, die normal arbeiten, zu spüren bekamen. Wir wollten uns da als Exempel hinstellen, für Euch, nur früher und grotesker.
Alle wiegelten damals ab, aus Angst, und wir amüsierten uns, unser Titelbild und der Ton der Broschüre waren beeindruckt von dem ganzen Spektakel - sie spiegelten beides wider.
Wenn man damals versuchte, uns fertigzumachen mit dem, was hinter solchen Schreibereien drohte, so konnten wir uns nur wehren, indem wir Euch zeigten, was man mit uns machen wollte, und daß Ihr schließlich auch damit gemeint seid.
Wir reagierten, indem wir veröffentlichten.
Diese Reaktion war gekennzeichnet durch die veröffentlichten Sachen.
Heute ist das anders:
Anfang September - zweimal haben wir sie fertiggemacht. Brandstiften und Fritzfesthalten haben in unsere Segel geblasen.(Löbe einmal im Grab gedreht - schon klingelt der Fritz an der Tür)
Wir antworten nicht mehr, wie wir gefragt werden, sondern wie wir eben antworten.
Wir bringen die Anderen in Verlegenheit.
Sie reagieren auf uns, nicht mehr wir auf sie.
Ihre Waffen sind stumpf und platzen schon im Rohr.
Sie schienen doch so allmächtig zu sein - "vor dem Recht sind Alle gleich" kleine Arschlöcher. Unantastbar und im Namen des Volkes...!
Jeder wußte zwar, daß die Binde locker saß, doch wer traute sich, das laut zu sagen.
Wir haben sie selbst dazu gebracht, das richtig laut für uns zu tun.
Wir haben was gemacht und sie haben reagiert wie der Senat, ununterscheidbar.
Jeder hats gesehen. Keiner wirds vergessen. Wir sind damit bewaffnet.
Das steht deutlich im Anhang, obwohl er eigentlich genauso aussieht wie das Zeug vorher.
Nur, die Sachen alle nicht mehr, sind ängstlich und vage, schwach.
Wir haben keine Angst mehr - sie stehen jetzt an der Wand, nicht wir.
Wir können uns bewegen. Und das sieht man nur undeutlich, wenn man das amtliche Zeugs durchliest.
Wir wollen deswegen auch dann im Herbst eine andere, genauere Broschüre machen, ausgehend von unseren Flugblättern.
Bis dahin müßt Ihr also für diese zahlen, damit wir überleben können.

---

1) stimmen

# SPRUCH

Wir wollen Euch mit diesen vielen amtlichen und sonstigen Schreibereien zeigen, wie es Euch gehen kann und gehen wird, wenn Ihr demonstriert, Unsinn macht, Kommune macht oder Dinge diskutiert, die man nicht denken sollte, wenn Ihr Mädchen seid oder Flugblätter unter die Leute bringt.

Ihr werdet aufgeblasen wie wir zu Monstren, Untermenschen, Überbösen, Auszurottenden, Menschheitsschädigern , Lebensunwerten. Jede Sparte hat da ihr Wort, die Polizei, die Presse, die Justiz , die Universität und die Bevölkerung.

Sieht man genau hin, vor Gericht oder wenn man diskutiert, wenn man es selbst mitmacht und erfährt, dann fällt alles zusammen, wie eine Luftblase.

Das demonstriert man Euch an uns vor, als Abschreckung und Vorzeichen für das, was auf Euch zukommt.

Wir als Exempel werden zum Gesetz für Euch.

Wir seien eine extremistische Minderheit, sagen sie -

sie meinen und drohen damit,

daß Ihr gefälligst nicht mit uns und unseren Erfahrungen zu tun habt und

daß die Maßnahmen gegen uns Euch nicht betreffen, wenn Ihr Euch gesittet verhaltet, also nicht demonstriert, ... usw.

Durch die Demonstrationen zum Schahbesuch und ihre Folgen wird, wie wir Exempel für das Kommende sind, sehr klar:

Es sollen Schnellgerichte bei Demonstrationen eingerichtet werden, um die langwierigen Gerichtverfahren zu vermeiden, die die polizeilichen Machenschaften in sich zusammenfallen lassen.

Es sollen im neuen FU-Gesetz, das jetzt beschleunigt vorangetrieben wird, die Bestimmungen für die Durchführungen von Disziplinarverfahren verschärft werden, einschließlich verstärkter staatlicher Aufsicht durch das Kuratorium - heißt z.B. vereinfachtes Relegationsverfahren für Demonstranten.

So gehen sie vor, die Presse und die Polizei, der politische Senat und der von der FU.

Sie arbeiten zusammen.

Schaut Euch das einmal an!

1. H. H. H.

Das begann alles viel früher als mit der Humphreygeschichte - aber wie man aufbläst, ist seitdem unübersehbar. Die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft laufen und laufen und laufen sich unauffällig tot - was soll auch herauskommen, wir haben seit unserer Freilassung nichts mehr davon gehört.
So gings nicht, aber, ein Hoch auf die Zusammenarbeit, vielleicht über den Akademischen Senat,
Schwarze Listen, Ihr erinnert Euch an die Forderungen des letzten Sit-in, wurden Lieber von Albertz überreicht - mit vielen Namen von Euch und uns, die festgenommen worden waren, während der Demonstrationen zu H. H. H.
Unsere wurden herausgegriffen.

Dokument I

Der Disziplinar-Untersuchungsführer 5.Mai 1967
der Freien Universität Berlin
1 Berlin 33, Ihnestrasse 24

Disz. 38/67

An den
Vorsitzenden des Disziplinarausschusses
der Freien Universität Berlin

Herrn Prof. Dr. R. H e r z o g
1 Berlin 33
Van't-Hoff-Str.8

Anschuldigungsschrift

Der stud.phil. Volker Gebbert, geb. am 3.2.1939 zu Nürnberg, wohnhaft in Berlin 12, Pestalozzistrasse 57 a bei Toellner - Matr.Nr. 45 645 -

wird angeschuldigt

in Berlin
im April 1967

seine Pflichten als Student der Freien Universität Berlin vorsätzlich oder grob fahrlässig dadurch verletzt zu haben, daß er sich nicht so verhielt, wie es von einem akademischen Bürger erwartet werden muß.
Der Angeschuldigte erörterte gemeinschaftlich mit den Studenten Ulrich Enzensberger, Hans-Joachim Hameister, Dorothea Ridder und Fritz Teufel, sowie anderen Mitgliedern der innerhalb des SDS bestehenden Gruppe "Kommune" Pläne, wie man durch strafbare Handlungen und Störungen der öffentlichen Ordnung den "Alltag" revolutionieren können Er nahm an den Vorbereitungen der beabsichtigten Störungen des Besuchs des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Humphrey, teil. Die "Kommune"-Mitglieder wollten bei der Fahrt des Gastes durch die Stadt Berlin Rauchbomben werfen, um im Schutz des Rauches die Polizeiabsperrung zu durchbrechen und dann suf Humphrey und sein Gefolge Plastikbeutel, die mit Sahne, Pudding, Mehl und Farbstoffen gefüllt sein sollten, zu werfen. Hierdurch wollten sie den Gast lächerlich machen. Nach ihrer vorübergehenden Festnahme verkündigten sie öffentlich in einer Pressekonferenz u.a., die Krawalle und Ansammlungen auf dem Kurfürstendamm hätten "längst noch nicht das für die Stadt nötige Maß erreicht."

Verstoß gegen die §§ 1,3 der Disziplinarordnung für die Studenten der Freien Universität Berlin in Verbindung mit § 21, Ziffer 2 der Universitätsordnung in der Fassung vom 1.4. 1966.

Beweismittel

1.) Protokoll über die richterliche Vernehmung des Angeschuldigten vom 7. April 1967
2.) Aufzeichnungen über die Sitzungen der "Kommune"
3.) Pressebericht über die Pressekonferenz vom 7. April 1967

Wesentliches Ermittlungsergebnis

Der Angeschuldigte erhielt am 18.7.1962 vom Landschulheim Schloss Ising am Chiemsee das Zeugnis der Reife. Sein Studium begann er im Oktober 1962 an der Technischen Universität Berlin. Dort war er vom 16.1o.1962 bis 28.2.1963 in der Fakultät "Elektrotechnik" immatrikuliert. Seit dem 16.5.1963 ist der Angeschuldigte Mitglied der Freien Universität Berlin. Er gehört der Philosophischen Fakultät - Fachrichtung Soziologie - an. Seit 1963 ist er mit der Studentin der Soziologie Christa Gebbert geb. Kenftel verheitütet. Er erhält kein Stipendium. Von deinem Vater, der als Diplom-Ingenieur in Erlangen lebt, erhält er für den Lebensunterhalt und die Kosten seines Studiums monatlich DM 3oo,--.

Seit Monaten herrscht Unruhe an der Freien Universität Berlin, weil eine kleine Gruppe von Studenten sich gegen Anordnungen der zuständigen Universitätsorgane auflehnt, Flugblätter herausgibt und zu Demonstrationen aufruft, die sich nicht nur mit Fragen der Hochschulpolitik befassen, sondern sich auch zu allgemeinen politischen Vorgängen (z.B. Einsatz der Amerikaner in Vietnam) äussern. Aber bei Erörterung über Fra-

gen der Studienreform kam es zu Störungen.So wurde am 26.11. 1966 eine vom ASTA der Freien Universität veranstaltete Diskussion mit dem Rektor über Fragen der Studienreform durch Aktionen eines sogenannten "Provisorischen Komittes zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation" so empfindlich gestört, dass sie abgebrochen werden musste.Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat hierzu in seiner Sitzung vom 11. Januar 1967 festgestellt,dass Inhalt und Form der Störaktion vom 26.11.1966 eindeutig gegen Geist,Ordnung und Erziehungsauftrag der Universität verstossen haben.(vgl. Informationen der Universitätsverwaltung Jahrgang 3 Nr.1 Seite 2)
Im Dezember 1966 trat dann eine weitgehende Unruhe der gesamten Öffentlichkeit ein, weil das Verhalten von Studenten in immer stärkerem Masse den Einsatz von Polizeikräften notwendig machte,wobei es dann wieder zu Auseinandersetzungen kam.Diese wurden dadurch ausgelöst, dass Demonstrationen nicht innerhalb des genehmigten Ablaufs stattfanden, sondern auch in Strassenbereiche führten, bei denen durch die Demonstrationen erhebliche Störungen - z.B. auch für den öffentlichen Verkehr - entstanden.Solche Demonstrationen fanden insbesondere am 1o. und 17. Dezember statt.Als Teilnehmer und Wortführer fielen dabei eine Reihe von Mitgliedern des SDS auf, die innerhalb dieser Vereinigung die Gruppe 'Kommune' bilden.Zu dieser Gruppe gehören ausser dem Angeschuldigtem Gebbert
Ulrich Enzensberger
Hans-Joachim Hameister
Dorothea Ridder
Fritz Teufel (1)

Der 'Kommune' gehören ferner die nicht an der Freien Universität immatrikulierten
Dagmar Seehuber
Dagrun Enzensberger
Dieter Kunzelmann
an.

Mit den Vorfällen vom Dezember 1966 hat sich der Akademische Senat der Freien Universität in seiner Sitzung vom 11.Januar 1967 beschäftigt und dazu folgenden Beschluss gefasst:

"Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat mit grosser Sorge feststellen müssen,dass in letzter Zeit erneut Aktionen einzelner Studenten bzw. studentischer Gruppen dem Ansehen der Freien Universität und ihrer Studenten schwer geschadet haben.Der Akademische Senat der Freien Universität stellt fest :
1.) Das Verhalten einzelner Studenten und studentischer Gruppen, die offensichtlich die akademische Freiheit ebenso missverstehen wie das Recht der freien Meinungsäusserung, ist nicht repräsentativ für die Studentenschaft der Freien Universität Berlin.Die Studentenschaft der Freien Universität und ihre Vertretung werden daher aufgefordert,stärker als bisher geschehen,sich von solchem Verhalten zu distanzieren. Lehrkörper und Studentenschaft haben dafür Sorge zu tragen, dass der freie Urteilsbildungsprozess gewährleistet bleibt.
2.) Der Rektor und Senat werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um dafür zu sorgen, dass Übergriffen von Studierenden, die mit der akademischen Freiheit in Widerspruch stehen und gegen die Universitätsordnung verstossen, entgegengetreten wird.
3.) ....."

---

1) sie haben Rainer Langhans vergessen, der allerdings auch ein Verfahren erhielt.

Der Beschluss des Akademischen Senats vom 11.Januar 1967 wurde in den "Informationen der Universitätsverwaltung" Jahrgang 3 Nr.1 Seite 2 bekannt gegeben.Eine Änderung der Verhältnisse trat jedoch nicht ein.Vielmehr verstärkte die Gruppe "Kommune" ihre Aktivität.Im März 1967 und Anfang April fanden sich ihre Mitglieder in der Wohnung 1 Berlin 41, Niedstr.14,zusammen.In dieser Wohnung ist Ulrich Enzensberger mit 2. Wohnsitz gemeldet.Ausser ihm lebten und wohnten jedoch dort weitere Mitglieder der "Kommune". Die Wohnung wurde gleichsam Mittelpunkt der Gruppe. In ihr wurden die Besprechungen über die Aktionen der "Kommune" geführt.So wurde auch die Beteiligung an der Aktion der "Ostermarschierer" beschlossen.

Bei den Zusammenkünften der "Kommune"-Mitglieder wurden u.a. Pläne erörtert, wie man durch Störung der öffentlichen Ordnung den "Alltag" revolutionieren könne.So ergibt sich aus den Aufzeichnugen der Sitzungen der "Kommune", dass die Verbrennung von Gerichtsakten (Teufel), die Plünderung von Lebensmittelgeschäften (Ridder,Teufel), die Besetzung von Lokalen (Teufel), die Durchführung von politischen und unpolitischen happenings im Stadtgebiet (Hameister,Enzensberger) Gegenstand der Beratung war. Dabei wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass es nicht um eine Demonstration gegen den Krieg in Vietnam (Ridder am 3.4.67) gehen solle, sondern schlechthin um Störungen der rechtsstaatlichen Ordnung. Hierzu äusserte Hameister nach den Aufzeichnungen der "Kommune" u.a. den Plan, am Platz an der Gedächtniskirche Rauchbomben etc. zu zünden.
Bei einer Versammlung vom 2.4.1967 in der Niedstr.14 wurde in grösserem Kreise davon gesprochen, dass man anlässlich des Besuches des Vizepräsidenten Humphrey eine Aktion starten wolle.Im Laufe der Diskussion wurde die Möglichkeit erörtert,dass die Teilnehmer an dieser Aktion wegen groben Unfugs und wegen Beleidigung einer befreundeten Staatsmacht bestraft werden könnten. Nach diesen Eröffnungen entfernte sich eineerhebliche Anzahl der Versammlungsteilnehmer.Zwischen den Zurückgebliebenen

Volker Gebbert
Ulrich Enzensberger
Hans-Joachim Hameister
Fritz Teufel
Rainer Langhans
Dieter Kunzelmann (1)

wurde erörtert, wie man Humphreys Besuch in Berlin stören könnte. Es wurde besprochen, mit Kuchen, Schlagsahne, Torten, Mehltüten und Superbällen zu werfen. Man plante den Einsatz von Rauchbomben in Nachahmung der Amsterdamer"Provos". Auch an einem der darauffolgenden Tage wurde von Rauchbomben für die Durchführung der geplanten Aktion gesprochen. Gebbert setzte sich nunmehr mit dem ihm befreundeten stud.rer.nat. ...(2) in Verbindung. ... ist Chemiker. Nach den Vorfällen bei den Handlungen der "provos" in Amsterdam hatte er Gebbert einmal mitgeteilt, er sei in der Lage, Rauchbomben herzustellen.Gebbert setzte sich telefonisch

---

1) unsere Mädchen werden natürlich nicht aufgeführt!
2) möchte nicht genannt werden, da er sonst seinen Arbeitsplatz an der Uni verliert.

fonisch mit ... in Verbindung und bat diesen, in der Niedstrasse anzurufen.Dies geschah und in einem Gespräch, das zunächst Gebbert und später Kunzelmann mit ... führte, wurde vereinbart, dass dieser am 5.4.1967 bei der Herstellung der Rauchbomebn behilflich sein sollte. Am 5.4.1967 trafen sich ... , Hameister, Kunzelmann, Langhans, Enzensberger, Gebbert und Teufel in der Niedstr..Kunzelmann und Dagmar Seehuber hatten Ammoniumchlorid, Kieselgur, Milchzucker (Lactose), Farbstoff Sudan III eingekauft, ... hatte Kaliumchlorat in der Materialausgabe des Instituts für anorganische Chemie in seiner Eigenschaft als Studierender und Platzinhaber dieses Instituts gekauft.Nach Rezepten, die ... besorgt hatte, begannen die Beteiligten mit der Herstellung von Rauchbomben und der Füllung von Wurfbeuteln.

Der Polizei war bekannt geworden (1)s.S.7 dass der Besuch des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der für die Zeit vom 6.4.1967 bis zu den Vormittagsstunden des 7.4.67 vorgesehen war, gestört werden sollte. Sie hatte erfahren,dass die Vorbereitungen hierzu in der Wohnung Niedstr.14 getroffen wurden. Um die Sicherheit des Gastes während seines Aufenthaltes in der Stadt Berlin zu gewährleisten, entschloss sie sich, eine Duchsuchung in der Niedstrasse 14 durchzuführen, weil die Vermutung bestand, dass diese zur Auffindung von Beweismitteln führen werde und weil Gefahr im Verzuge vorlag. Als die Polizei die Wohnung Niedstr.14 am 5.4.67 aufsuchte, überraschte sie die Studenten ..., Enzensberger, Gebbert, Langhans bei der Herstellung von Rauchbomben und Wurfbeuteln. Die vorbezeichneten Studenten wurden von der Polizei vorläufig festgenommen. Sie weigerten sich, durch die Polizei vernommen zu werden. Am 6. April 1967 wurden sie dem Amtsgericht Tiergarten zum Erlass eines Haftbefehls vorgeführt.Nach Durchführung richterlicher Vernehmunegn wurden sie in den frühen Morgenstunden des 7.April 1967 entlassen.

Vor dem Eintreffen der Polizei in der Niedstr.14 hatten Teufel und Hameister zusammen mit Dorozhea Ridder und den nicht bei der Freien Universität Berlin immatrikulierten "Kommune"-Mitgliedern Dagmar Seehuber und Dagrun Enzensberger die Wohnung verlassen, um im Grunewald die Wirksamkeit der bis dahin fertiggestellten Rauchbomben und Wurfbeutel zu erproben. Sie wurden alsbald danach von der Polizei in Nikolassee festgenommen. Teufel und Hameister erklärten vor der Polizei, Aussagen nicht machen zu wollen. Sie wurden dem Amtsgericht Tiergarten zum Erlass eines Haftbefehls vorgeführt und nach richterlicher Vernehmung wieder entlassen.

Nach ihrer Entlassung äusserten die "Kommune"-Mitglieder Kunzelmann, Dorothea Ridder, Fritz Teufel, Dagmar Seehuber, Ulrich Enzensberger, und Hans-Joachim Hameister in einer Pressekonferenz, sie hätten gegen den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey keinen "aggressiven Akt" geplant, sondern Humphrey nach dem Vorbild der Amsterdamer "Provos" nur lächerlich machen wollen. Sie bezeichneten den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten in Berlin als "groben Unfug". Als Mittel zum Zweck hätten sie mit den selbstgebastelten "Rauchentwicklern" die Polizeikette sprengen und in dem Durcheinander zum Wagen Humphreys gelangen wollen, um ihn zur Zielscheibe von Buttercremetorten, Mehltüten und Pudding zu machen. Bei dieser Pressekonferenz kündigten die "Kommune"-Mitglieder an, sie würden ihre Protestaktionen gegen den "staatlich verordneten Unsinn" verstärken. Sie erklärten hierbei, die Krawalle und Ansammlungen

auf dem Kurfürstendamm hätten noch nicht das für diese Stadt nötige Mass errreicht" (Pressebericht des "Abend" vom 8.4.67, Artikel in der"Welt" vom 10.4.67).

Der Angeschuldigte ist zu einer für den 29.4.67 anberaumten Anhörung im Disziplinarverfahren zwar erschienen, hat aber seine Einlassung zur Sache verweigert.

Ich beantrage Bestrafung durch den Disziplinarausschuss der Freien Universität Berlin.
Gleichzeitig beantrage ich, den Angeklagten für die Dauer des Disziplinarverfahrens vom Studium an der Freien Universität Berlin zu suspendieren, weil zu erwarten ist, dass er mit dauerndem Ausschluss aus der Freien Universität bestraft werden wird (§ 16 Abs.4 der Disziplinarordnung).
Das Verhalten des Angeschuldigten stellt einen fortgesetzten vorsätzlichen Verstoss gegen seine Pflichten als Student der Freien Universität dar ( §§ 1,3 der Disziplinarordnung in Verbindung mit § 21 Ziffer 2 der Universitätsordnung in der Fassung vom 1.4.1966).
Ich nehme hierzu Bezug auf den Aufruf des Rektors und des Akademischen Senats an die Studenten der Freien Universität Berlin vom 22.4.1967, in welchem es u.a. heisst:

> "Wenn Studenten der Freien Universität Rauchkerzen und Plastikbeutel mit Mehl,Pudding,Farbstoff oder was auch immer gegen den Wagen eines ausländischen Staatsmannes werfen wollen,so musste ihnen als denkenden Menschen klar sein, dass solche Handlungen bei der psychologisch gespannten Lage zum sofortigen Gebrauch der Schusswaffen durch die Bewacher und damit wahrscheinlich zum Tode Unbeteiligter bzw. zu unvorhersehbaren Reaktionen der Bevölkerung geführt hätte. Eine so verantwortungslose, ja verbrecherische Haltung ist unentschuldbar; die beteiligten Sudenten müssen nicht nur als Privatpersonen, sondern auch als Bürger unserer Universität zur Verantwortung gezogen werden.

Soweit die Tatsächlichen Vorgänge, die zur Festnahme des Angeschuldigten durch die Polizei geführt haben, Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungsverfahren sind, braucht deren Ausgang nicht abgewartet werden, weil die strafgerichtliche Beurteilung der Tat für ihre disziplinarrechtliche Würdigung unerheblich ist.(§ 5 Abs.2 der Disziplinarordnung für die Studenten der Freien Universität Berlin).

Stempel des Disziplinarausschusses
und Unterschrift Blaesing

So etwas bekamen wir alle, soweit wir Studenten sind.Und dann die Ladung zum rechtlichen Gehör:

---

1) "bekannt" heisst natürlich, dass wir abgehört wurden.
2) Unsinn - in die Menge schiessen ist unmöglich - das ist ja das Fatale beim Schützen von beliebten Staatsoberhäuptern.

Dokument II

Disziplinar-Untersuchungsführer
der Freien Universität Berlin
1 Berlin 33, Ihnestrasse 24

Berlin, den 24.4.67

Disz. 37/67

Herrn
stud. phil. Ulrich Enzensberger

1 Berlin 41
Niedstr. 14

Sehr geehrter Herr Enzensberger!

Auf den Antrag Sr. Magnifizenz, des Herrn Rektors vom 21.4.67 habe ich gegen Sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Gegenstand des Verfahrens sollen die Pläne, Äußerungen und Handlungen derjenigen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sein, der sich"Kommune" nennt und dem Sie angehören. Dabei sollen die beabsichtigten Störungen des öffentlichen Lebens und insbesondere diejenigen Maßnahmen geprüft werden, die von den Mitgliedern der " Kommune " aus Anlaß des Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey in Berlin durch einen tätlichen Angriff auf ihn und seine Begleitung vorbereitet worden sind ( Werfen von Rauchbomben, Durchbrechung der Polizeiabsperrung, Werfen von Plastikbeuteln mit Sahne, Puddingfüllungen sowie mit Mehl und Farbstoff ) .

Ich belehre Sie darüber, daß Sie nach § 16 Abs. 2 der DO die Einleitung des Disziplinarverfahrens binnen eines Monats beim Disziplinarausschuß als unzulässig anfechten können.
Um Ihnen rechtliches Gehör zu gewähren, lade ich Sie hiermit zum

Sonnabend, den 29.4.67 $12^{00}$ Uhr

in das Rektoratsgebäude Ihnestr. 24 - Eingang über die Terrasse.

Hochachtungsvoll
Stempel und Unterschrift Blaesing

Wir verweigerten die Aussage.

Verhandlungstermin war dann eigenartigerweise der 2. Juni,

Wir gingen nicht hin.

Wir schrieben stattdessen einen Brief in Aftersprache.

DAS NOCH DER HUMPHREYGESCHICHTE NACHGETRAGEN....

Als man gegen uns und FU-Prominenz disziplinarverfahren wollte, traten die studentischen Beisitzer vom Ausschuß zurück, gewissensmäßig, weil sie nicht helfen wollten bei dem Zusammenspielen von Politik und Uni in politischen Sachen. Sie amtierten auch nicht und lahm lag der Ausschuß. Termine von Stein vergingen. Dann ging er staatsaufsichtlich vor, Brüll heißt der neue Mann, Richter a.D., ein guter Tausch: Student gegen Richter.
Damals nach dem großartigen Presseecho nach Humphrey haben wir über unseren RA Mahler eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Duensing wegen falscher Presseinformationen(Mordversuch, Bomben usw.) losgelassen. Ein juristischer Scherz, doch die Antwort war schön:

DER SENATOR FÜR INNERES

GeschZ.: III B 2 - o338/83

Berlin, den 19.7.67
1 Berlin 31 - Wilm.
Fehrbelliner Platz 2
Fernruf: 87o591, App.4964

Herrn Rechtsanwalt Horst M a h l e r
1 Berlin 15
Konstanzer Straße 59

Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde des Fräulein Dorothea Ridder und des Herrn Dieter Kunzelmann vom 14. April 1967 gegen den Polizeipräsidenten in Berlin wegen einer angeblich fehlerhaften Presseinformation

Vorg.: Ihre Schreiben vom 14. April und 28. Juni 1967

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Ich bestätige den Eingang der Vollmachten des Fräulein Dorothea Ridder und des Herrn Dieter Kunzelmann.
Die von Ihnen vorgebrachten Beschwerden sind inzwischen überprüft worden.
Ich sehe keinen Anlaß, auf Grund der Dienstaufsichtsbeschwerde Disziplinarmaßnahmen gegen Polizeibeamte einzuleiten.
Die Ermittlungen der Kriminalpolizei hatten vor der Abgabe der Presseerklärung ergeben, daß Ihre Mandanten versucht hatten, sich in den Besitz größerer Mengen von Grundmaterialien zur Sprengstoffherstellung zu setzen.
Die bei Ihren Mandanten aufgefundenen Chemikalien(Kaliumchlorat und Lactose) allein reichten quantitativ aus, um eine erhebliche Menge - nämlich 175 g - eines Sprengstoffes herzustellen, dessen Explosionskraft derjenigen des heute üblichen Sicherheitssprengstoffes entspricht.
Ihre Mandanten planten - wie sie selbst mehrfach öffentlich erklärt haben - die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dadurch zu erregen, daß sie sich in der Art von Attentätern der Person des amerikanischen Vizepräsidenten nähern wollten, um ihm dann zur allgemeinen Überraschung nicht nach dem Leben zu trachten, sondern ihn mit Pudding oder Torte zu beschmieren.
Dieses Verhalten ist so ungewöhnlich, daß die Polizei davon ausgehen mußte, Ihre Erklärung, es sei nur das Werfen von Rauchentwicklern ge-

plant gewesen, sei eine reine Schutzbehauptung Ihrer Mandanten. Es ist auch heute noch nicht einzusehen, daß Personen, nur um einen hochgestellten Politiker und Staatsmann mit Pudding und Torte zu beschmieren, bereit gewesen sein sollen, sich derselben Lebensgefahr auszusetzen, wie das nur ein zum Letzten entschlossener Attentäter zu tun bereit ist.
Ich weise Sie außerdem darauf hin, daß Sie in Ihrem Schreiben vom 14. April 1967 die Pressemeldung des Polizeipräsidenten entstellt und verschärft zitieren. Der entsprechende, von Ihnen zu Unrecht beanstandete Satz lautet richtig:

> "Am 5. April 1967 wurden 11 Personen - in der Mehrzahl Studenten - gemäß §§ 14, 15 des Polizeiverwaltungsgesetzes in polizeilichen Gewahrsam genommen, weil sie unter verschwörerischen Umständen zusammengekommen sind und hierbei Anschläge gegen das Leben oder die Gesundheit des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey mittels Bomben, mit unbekannten Chemikalien gefüllten Plastikbeuteln oder mit anderen gefährlichen Tatwerkzeugen wie Steine geplant haben."

Es ist mir im übrigen mit Rücksicht auf das noch anhängige Strafverfahren nicht möglich, abschließend zu Ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde Stellung zu nehmen.
Als Anlage übersende ich Ihnen zwei Durchschriften dieses Schreibens.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Büsch

Dann hat unser RA halt noch Strafantrag und -anzeige gestellt.

Ja, und sonst warten wir nur noch auf unsere beschlagnahmten Sachen, Einstellung des Verfahrens, was soll schon sein.

Dokument III

An den
Vorsitzenden des
Disziplinarausschusses der
Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Herzog

Berlin, den 1.6.67

Sehr geehrter Herr Vorsitzender !

Wir, die Unterzeichneten, wollen aus folgenden Gründen nicht zu dem von Ihnen anberaumten Termin am 2.6.67 erscheinen:

1. Wir glauben grundsätzlich, daß die Gerichtsbarkeit der akademischen Bürokratie in Form von Disziplinarverfahren abgeschafft werden muß. Die Entscheidung über die Zugehörigkeit zur Universität steht der Studentenschaft zu.
   Um einen Schritt auf diesem Wege voranzukommen, erachten wir die Öffentlichkeit solcher Disziplinarverfahren wie der unsrigen in Form von Hearings für unerläßlich.

2. Der Termin fällt offenbar zufälligerweise in den Zeitraum des Schahbesuchs. Wir halten unseren Protest gegen den Schah und die Vertreter der BRD, die ihm Gastrecht gewähren, für so wichtig, daß wir nicht zu diesem Zeitpunkt vor dem Disziplinarausschuß erscheinen können.

Hochachtungsvoll

Rainer Langhans — Fritz Teufel

Volker Gebbert — Dorothea Ridder

Ulrich Enzensberger — Hans-Joachim Hameister

W i c h t i g : Der nächste Termin ist am

23. Juni, 14.3o Uhr im Senatsaal -

das geht jetzt alles sehr schnell.
Da können wir uns alle treffen, wenn es soweit kommt!

Das war die eine wichtige Geschichte: wegweisende Disziplinarverfahren - schaut Euch an, wie es Euch ergehen wird, wenn Ihr noch demonstriert!

Das sind die Einen - die Anderen treten uns näher, die vom gleichen Blute:

nyc
4. April, 1967

Liebe Dagrun: (Enzensberger)

Hier ist heute ein Dienstag,und diesen Brief wirst du bekommen am Sonnabend oder Montag,der Montag wird der 10. April sein, und am Sonnabend danach, dem 15.April, musst du unsere Wohnung verlassen und die Schluessel bei Frau Fucker abgegeben haben. Du solltest uns nicht sagen, dass du vor deinem letzten Brief zwei lange Schreiben an uns gerichtet hast, denn es überfordert uns das zu glauben.Als wir dir unsere Wohnung überliessen, war es so gedacht dass keiner einen Schaden hat und du eine Unterkunft.Es war nicht so gedacht dass du uns fremde Leute,aus welch edlen Gründen immer, bei uns beherbergst; es war nicht so gedacht dass deine Gäste lärmen und unsere Nachbarn belästigen. Wir geben schamlos zu dass wir diese Wohnung behalten wollen, auch was darin ist, auch freundliche Beziehungen zu den Mietern rings um diese Wohnung, und wir lassen uns das nicht lange beschädigen. Wir haben uns eine Anstandsfrist lange darüber gewundert warum du in unserer Wohnung dich benimmst wie wir uns in deinen nicht benommen haben ; danach bleibt uns nur übrig zu begreifen, dass du uns schädigst, und deswegen musst du unsere Wohnung am Sonnabend, dem 15.April,verlassen und die Schluessel bei Frau Fucker abgegeben haben.

Mit verständnislosen Gruessen,
Uwe Elisabeth (Johnson)

Otto Kunzelmann 86 Bamberg, 18.4.1967

Lieber Dieter,

letzmals einuge Zeilen von mir.
Wie ich dem Spiegel entnommen habe,arbeitest du nicht und studierst du nicht.Unser letztes Abkommen ging dahin,dass du nach Berlin wollstest, um als Gasthörer Dich mit volkswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen.Du hast behauptet, dass Dir diese Massnahme aufgrund persönlicher Beziehungen zu irgend einem Dozenten möglich sei.Ich habe mich auf Dein Wort verlassen.Offensichtlich war das eine Lüge.-
Der Skandale und Skandälchen ist es nun genug.Was ich im "Stern" gelesen habe,reicht mir.Du bist auch fähig, ohne Rücksicht auf Deine Eltern, auf Deine Grossmutter und Deine Geschwister, ein Leben zu leben, welches unsere Tage mit Bitternis füllt.Dein Denken ist derart irreal, dass ich mich Frage, ob Du nicht ein Fall für den Psychiater bist. Dein Versagen in der Schule und in der Gesellchaft haben offensichtlich einen Komplex in Dir entstehen lasssen, welcher Dich mit blindem Hass gegen Deine Umwelt erfüllt.
Ich glaube auch nicht, dass Dir diese Zeilen irgendwie zu Herzen gehen,sondern ich nehme an, dass Du Dich mit Deinesgleichen

darüber mokierst.
Ich ziehe nun die Konsequenzen. Der von mir geleistete Zuschuss entfällt mit sofortiger Wirkung, für Mai kommt also kein Geld mehr. Hinsichtlich der späteren, vielleicht recht bald eintretenden erbrechtlichen Regelung sind die notwendigen Schritte in die Wege geleitet.

Otto Kunzelmann

Erlangen, d.20.4.67

Lieber Volker!

Nach Deiner Abreise habe ich mir Deine ganze Angelegenheit nochmal durch den Kopf gehen lassen. Ich habe auch die "Kritik der reinen Toleranz" durchgelesen. Du weißt, daß ich das westliche, kapitalistische System genauso verurteile wie Ihr. Aber die Art Eures öffentlichen Auftretens kann ich nicht gutheißen oder gar als klug bezeichnen. Besonders nicht, daß Ihr daraus bei einer"kapitalistischen" Illustrierten Kapital geschlagen habt und gleichzeitig Euren Verwandten bittere Verlegenheit bereitet.Euer kleines extremes Grüppchen kann gegenüber den kapitalistischen Mächten nichts erreichen, als daß sie Euch schikanieren und lächerlich machen.
Wenn Ihr etwas erreichen wollt, dann nur durch zielstrebige Propaganda im Rahmen und unter den Fittichen des SDS. Aber auf seriösere Art. - So wie jetzt hält man Euch nur für schlampige, faule Gammler. All die Unsauberkeiten der von Euch dem Stern produzierten Lebensart können Eurer Idee nur schaden und keinen ernsten Anhang ziehen.
Was Dich persönlich betrifft, so weißt Du, dass wir alle sehr erschüttert sind, weil Du Dein Studium nicht durchhalten willst - oder kannst, das Du Dir selbst erwählt hast. - Gut, wenn Du nicht kannst, dann such Dir einen praktischen Beruf aus, dem Du gewachsen bist, aber Nichtstun, faulenzen, nur weil Du das Leben in Deinem Grüppchen bequemer und interessanter findest, das kann ich nicht anerkennen.
Du musst Dich unbedingt aufraffen, sonst gehst Du vor die Hunde und Mutti und mich träfe das schwerstens.

Herzliche Grüsse!

Vater

Ingrid Störrle

Schwäbisch-Hall, den 27.4.67
Max-Eyth-Str.16

Lieber Fritz!

Ich weiß nicht, ob Du Dir vorstellen kannst, wie einer Mutter zumute ist, die Tag für Tag zum Briefkasten rennt,

in der Hoffnung, endlich einen Brief aus Berkin von Dir zu bekommen. Die Hoffnung schwindet zusehends mehr. So müssen Deine Eltern sich durch Berichte und Bilder aus dem "Haller Tagblatt", der "Zeit", dem "Spiegel" und jetzt auch durch den "Stern" versuchen, ein Bild zu machen vom Leben und Treiben ihres Jüngsten, während der selbst schweigt! Du weisst, wie sehr sie (und auch Vati, wenn er das auch niemals laut sagen würde!) an Dir hängen. Deine Mutter gibt sich redlich Mühe, Dich zu verstehen und auch zu verteidgen ( nachdem ihr auch im Fernsehen zu sehen wart, kannst Du Dir vielleict auch vorstellen, wieviele dumme Reden und Bemerkungen Deine Mutter über sich ergehen lasssen musste und noch muss!) .Mich selbst würde einmal interessieren, was an der Berichten wahr ist, und was Illustrierten-Mache! Studierst Du eigentlich noch, oder haben sie euch von der Uni gefeuert? Was gedenkt Ihr zu tun, wenn Eure Geldgeber bzw. Eure Einnahmen versiegen? Ihr betrachtet die Arbeit (laut Kunzelmann) als "Schande", lebt aber von zum Teil hart erarbeitetem Geld. Wie lässt sich das verstehen??! Leider bin ich nicht belesen genug, um Eure "Ziele" zu verstehen, ich verfpge auch nur über eine schwache Kenntnis von Maos Lehren, doch halte ich Dich für zu intelligent und zu gebildet, um in diesem "Club" lange mitzumachen. Oder täusche ich mich hier?!? Ich würde mich riesig freuen, wenn Du nur einmal schreiben würdest! Wir haben seit 13.2. einen Sohn Jörg-Dieter. Du hast auf unsere Anzeige nicht reagiert. Hast Du sie gar nicht erhalten, oder lässt sich ein Glückwunsch nicht mit den Lehren Maos vereinigen? Gerne schicke ich Dir einige Fotos von Ulrike und Jörg, sofern Du interessiert bist und nur eine Anschrift mitteilst. Ich weiss ja garnicht, ob Dich diese Zeilen erreichen; die Anschrift entnahme ich dem "Stern"!!!-

Gestern war übrigens die Kriminalpolizei hier in der Imbräderstrasse und hat geprüft, ob Deine Angaben über Deine Person stimmen!!! Sie trafen dort nur Klaus an, da Vati und Mutti 14 Tage in Erhohlung gefahren sind, in der Hoffnung, dass Mutti wieder schlafen kann und nicht nur von Beruhigungdtabletten lebt!

Am 14.5 ist übrigends Muttertag! Gib' Dir mal einen Ruck und schreibe ein paar Zeilen. In der Hoffnung, dass dieser Brief Dich erreicht und Du gesund bist, grüsst Dich dennoch herzlichst

Deine Schwester Ingrid.

Erlangen d. 2.5.67

L.V.

Bei der Krim.Polizei hier musste ich Angaben über Dich machen (Geb.Datum;Geb.Ort;usw.).Der Beamte sagte mir, dass die Studentenkrawalle überall letzten Endes von der Russischen Geheim Polizei indiziert würden.Dasselbe versicherte ein sehr erfahrener Herr meiner Bekanntschaft! Heute muss ich wegen Deiner Affaire aufs Einwohneramt, wo ich bestätigte, dass Du hier bei uns Deine Wohnung noch hast. Der Leiter des Wohn-Amtes sagte mir aber,dass nach den Bestimmungen dies nicht haltbar sei, wenn die Berliner Behörden protestierten. Bei den Studenten habe man bisher ein Auge zugedrückt, wenn sie nicht regelmässig am Wochenende

nach Hause kämen. Dies nur zur Deiner Orientierung. Schau, Daß Du wieder in Ordnung kommst!

Herzliche Grüße an Christa Vater

Hannover 4.5.67

Liebe Friedel und Arthur!

Nach dem Telefongespräch neulich nach der darauf erfolgten Lektüre des Sterns und nach Eurem Brief vom 25.4. wär's ja langsam an der Zeit, daß ich zu der "Affäre" Volker mal einen Ton sage. Es ist nicht (nur) meine bekannte Aversion gegen das Briefschrieben, sondern die nackte Tatsache, daß ich das Geschehen auch nicht begreifen konnte und darüber hin- und hergrübelte.
Übrigens hatten wir die Geschichte zum Teil schon vorher mitgekriegt: zufällig sahen wir fern und da erschien ein Interview der verhinderten Bombenwerfer mit Journalisten, das also vom Fernsehen aufgenommen wurde (wie das Bild im "Spiegel"). Da war kaum ein Zweifel möglich, daß der eine davon Volker war. Er sagte zwar dabei nichts (Gottseidank); dafür hielt der bärtige "Revoluzzer" verworrene Reden über verworrene Reden über Mao Tse Tung, Kommune und freie Liebe. Das war offenbar der Anstifter - und die andern sind auf seine Angeberei hereingefallen. Mir scheint dieser Versager und Faulenzer lebt auf Kosten seiner "Anhänger" ganz gut; denn die müssen nicht nur die Gelder in (seine) die gemeinsame Kasse liefern, sondern auch noch die Mädchen! so ein Schlauberger! Das wär ja schon allerhand und tut mir für Euch besonders leid; aber daß Volker nun auch noch den Großvater erwähnt - das ist ja für Euch in Erlangen besonders schockierend: da begreif' ich ihn nun wirklich nicht.
Wie soll man sich nun Volkers Verhalten erklären? Ich kann mir da per Distanz kein Urteil erlauben; aber ich könnte mir vorstellen, daß der gute Volker einfach durch die Lernerei überfordert ist und sich davor in alles möglich flüchtet. War's nicht schon auf der Schule so ? Da wollte er in die Lehre. Das gefiel ihm freilich auch nicht so, und nun wollte er wieder zur Schule. Es ist ihm vielleicht hart angekommen, daß er in dem Internat am Chiemsee dem Büffeln nicht entrinnen konnte und so schaffte er das Examen. Nun beim Studium war's zunächst ganz schön, bis es wieder zu viel verlangt war und da geriet er an diese SDS-Protestler.
So in etwa könnte man sich das vielleicht psychologisch erklären? Ihr solltet Euch wirklich mal mit einem Psychologen unterhalten: besser noch, so'n Kerl testet mal den Volker ! Geht das nicht irgendwie zu arrangieren ? -
Das ist sicher gescheiter als den Delinquenten zu verdammen.
Wie es nun aber weitergehen soll, weiß ich auch nicht. Schließlich kann sich Volker doch nicht zeitlebens von seiner famosen tapferen kleinen Frau unterhalten lassen !? Will er denn weiterhin seiner "Kommune" angehören ? Dann freilich tät ich ihn nicht mehr unterstützen, sondern die Unterstützung der kleinen Christa gewähren. - Doch, Verzeihung das geht ja bald zu weit und mich nix an.

Ich schreib halt so hin, was man sich denkt. Jedenfalls muß er doch mal irgendeinen Broterwerbs-Beruf wählen. Was sagt er denn dazu ?
Freilich, wir müßten uns mal über alles miteinander unterhalten können. Vielleicht gibt sich doch mal die Möglichkeit dazu.Derweil nehmt mir meine Redereien nicht übel.
Heut', Himmelfahrt hatten wir großes Familientreffen hier: Dieter kam mit Frau und drei Töchtern (1o,8 Jahre und 7 Monate alt) um 12 Uhf aus Hamburg angebraust, in der neuen (gebrauchten) Familienkutsche (Ford 2o M mit Eingang hinten!) Da gingen wir zwei Alten noch rein, als wir zum Mittagessen fuhren. Irm und Hans kamen aus Ahlen auch dazu. Die kleine Martina (meine jüngste Enkelin) ist ein sogenannter Wonneproppen mit riesigen Augen, kleinem Mund und Hängebacken, dazu braungebrannt wie'n Spanier, weil sie immer draußen steht. - Das Mittagessen mußte ich ja nun schon übernehmen, da wir unsere "Gäste" ja nicht zu Hause verköstigen konnten; der Spaß kam mich 5o Piepen! - Kaffee haben wir dann bei uns getrunken: den Kuchen mußte Dieter, den Kaffee Irm bezahlen! Irm, das freche Luder, hat dann das ganze Kaffeegeschirr abgewaschen; so war Hertha entlastet; das ist auch nötig, denn es geht ihr nicht recht seit ihrem Geburtstag. Am 2o. 3. war ihr ja besonders mies. Der Arzt meinte, sie habe einen grippalen Infekt gehabt, mit dem das Herz nicht fertig wurde. Sie hat sich zwar erst gebessert; aber die letzten Tage - auch heute - gings wieder nicht recht; wir haben nun vom 2o. 7. bis 7. 8. Quartier in Grömitz. Nun wollen wir sehen, ob bzw. wann wir ein vernünftiges Quartier in Dahel (bei Herrenalb im Schwarzwald) bekommen. Das ist für Hertha das bestel Doch, soeben beginne ich die dritte Flasche Bier und da wird's Zeit, aufzuhören.
Also noch amal: nix für ungut und recht arg herzliche Grüße.

Euer Eugen [1]

Ludwigsburg, 26. Mai 1967

Lieber Fritz !
Sag' mal, war das wirklich etwas Neues für Dich, daß Vati und ich uns große Sorgen um Dich machen? Das kann doch garnicht sein, auch wenn ich mich immer bemüht habe, es möglichst nicht zusehr zu zeigen. Wie recht wir hatten, zeigt ja, was sich in den letzten Wochen abgespielt hat. Glaubst Du, daß es angenehm ist in der Zeitung zu lesen, daß der geliebte Sohn im Gefängnis ist ? Und wenn ihr mit solchen Methoden weitermacht, wird es wohl nicht das letzte Mal gewesen sein. Bei aller Anerkennung Eurer Zivilcourage, aber wem soll das nützen? Wir glauben ja, daß die Zeitungen reichlich dick aufgetragen haben ( Hans brachte Pfingsten eine Ausgabe der

[1] Brief von Volkers Onkel an seine Eltern

Südd. Abendzeitung mit, der U.Enzensberger ein Interview gegeben hatte, außerdem haben wir natürlich alles über Euren Fall gelesen, was wir nur erreichen konnten) was die so alles sagen hat mich trotzdem ziemlich mitgenommen.
Übrigens unterschätzt Du die Ludwigsburger wohl doch etwas, lediglich an dem Morgen nach der Fernsehsendung hörte ich, daß Du dabei gewesen wärst, pfeifestopfenderweise, daher meine Bemerkung im letzten Brief. Sonst war nur die Kriminalpolizei hier, die sich erkundigte, ob Deine Angaben zu Deiner Person die Du in Berlin gemacht hattest, stimmten, was natürlich bejaht würde.
Und Rudolf Holzwarth war bei mir am Tag vor unserer Abreise nach Minusio und wollte mir die Aufnahme in der Zeit zeigen. Er glaubte, wir hätten sie (die Zeit) nur für Dich gehalten und kam ganz bestimmt nicht in böser Absicht. Sonst kein Wort weit und breit. Kann ja sein, daß die Leute sich darüber unterhalten, aber nicht mit uns. Und außerdem wäre das ja auch ganz wurscht. Meinst Du vielleicht wir würden was auf Dich kommen lassen ? Wir kennen Dich doch !
Dein Geld kriegst Du natürlich bis Dezember weiter, wie verabredet. Sicher wären wir sehr froh, wenn Du doch - wie Du ja auch im Dezember noch schriebst - weiterstudieren würdest. Vielleicht kommt Ihr ja noch mals so davon, ich meine beinah, das können sie von der Uni garnicht machen, aber so genau sieht man da ja nicht durch.

Deine
Vati und Mutti

(Postkarte) 4.6.1967

Lieber Rainer !

Von einer BMW-Abholung habe ich bei dem herrlichen Wetter einen kleinen Abstecher zum Tegernsee und auf den Wallberg gemacht. Ich hoffe, es geht Dir inzwischen etwas besser ! Willst Du nicht nach München gehen, wenn Du exmatrikuliert werden solltest ?

Recht herzliche Grüße
Vati

E.d.7.6.67

Lieber Volker !

Einige Fragen wolltest Du mir beantworten.
1) Was wollt Ihr erreichen ?
2) Wie denkst Du Dir Deine Zukunft, wenn Deine Geldquelle versiegt ist ? Von mir kommt nichts mehr, bis Du Dich auf einen endgültigen Beruf vorbereitest.
3) Was sagst Du zu der Abhandlung im Spiegel Nr. 24, S.46 ff ?

Bitte auch für einen "Eskimo" verständlich, ohne allgemeine Rhetorik. Trotz allem herzliche Grüße von
Deinem Vater.

Liebe Gertrud !

Als Du fortgingest von hier, hast Du mir versprochen, gewissenhaft zu studieren, wie es alle vernünftigen Studierenden tuen. Aus den wenigen Andeutungen des Telefongesprächs, das Du mit Fritz führtest (mit Störungen !!) ersehe ich, daß Du Dich wieder in ein gefährliches Unternehmen einläßt, bei dem es schon nicht mehr ums Studium geht, sondern um kriminelle Dinge, die das Ansehen der ganzen Familie aufs Spiel setzen können. Du wirst von mir letztmalig schärfstens verwarnt, von dem radikalen Unsinn Abstand zu nehmen - und weiter nichts zu tun als zu studieren.

Herzlichste Grüße Vater

Das waren die Äußerungen unserer Nahestehenden. Sie sind seitdem versiegt. Zu den Schahgeschichten haben wir nichts mehr von ihnen gehört.

Ein Kuriosum:

Verblüfft waren wir, daß wir hundert DM geschenkt bekamen - die Spende eines Steuerbevollmächtigten, der uns Schmerzensgeld für die im Loch erlittene Unbill geben wollte.

2. Der arme SDS:

Dann kam die SDS-Geschichte - der zuerst mit uns abrechnete. Dien Versuche dazu sind alt. Gut, wir mögen anstrengend sein, aber die Exekution dieses Ausschlusses kam uns einer Weigerung gleich, sich mit uns auseinanderzusetzen - allerdings eben nicht nur rhetorisch! Die Flugblätter 1-5 waren dann der Anlaß. Wir sollten diese Auseinandersetzung lieber von außen führen, wurde uns bedeutet, - drinnen behinderten wir die Politik des SDS, lieber dann nichts zu tun, wenn man sich nicht vollständig einigen kann. Und das bei den verschiedenen Interessenlagen der Mitglieder! Beispiel: Untätigkeit während und nach den Ereignissen um die Schahdemonstrationen.
Die Ausschlußbegründung von Lefèvre lief über folgende Vokabeln (das Ding ist zu lang und unerträglich zu lesen):

voluntaristische Praktiken

Pseudolinke

existenzialistische Entscheidung
theorieloser Aktivismus
praxisfremde Theorie
Realitätsflucht
grenzenlose Überschätzung der "revolutionären Reife der studentischen Bevölkerung"
Hoffnungslosigkeit, sich überhaupt irgendjemand verständlich machen zu können
falscher "Anarchismus"
Verzicht, etwas zu ändern
Aggressionen gegen den SDS... bedürfte wohl einer psychologischen Analyse
Gefährdung der Arbeit des SDS
usw.

Armer SDS!

3. Brandstiftung:
Was Lustiges ist die Sache mit der Brandstiftung - wir haben jedenfalls gelacht, als der Brief kam (unser Postbote hält uns inzwischen für Verbrecher - dauernd Sachen von Gerichter und strafgewaltigen Instanzen, und alle per Einschreiben).

Dokument V

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht
Gech.-Nr. 2 P Js 749/67

1 Berlin 21, den 31.5.67
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11,
App 662
(Im Innenbetrieb:933)
Sprechstunden: Montags bis Freitags von 8,30-13,00 Uhr

Herrn R
Rainer Langhans

~~B e r l i~~ n 31
~~Kurfürstendamm~~ 140 (SDS-Heim)

Ich führe gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Aufforderung zu menschengefährdender Brandstiftung (§ 111 Abs., § 306 Nr.3 StGB). Anlaß dazu haben die am 24. Mai 1967 vor der Mensa der Freien Universität in Berlin-Dahlem verteilten Flugblätter gegeben, die vom 24. Mai 1967 datiert sind. Die Flugblätter weisen die"Kommune I" als Urheber und Herkunftsbezeichnung auf. Der Inhalt der mit den Zahlen 6-9- versehenen Flugblätter ist Ihnen bekannt.

ich gebe Ihnen Gelegenheit, sich am
Freitag, d.2.Juni 1967 9.30 Uhr
dem bearbeitendem Staatsanwalt gegenüber zu dem gegen Sie angeregten Verdacht zu äußern. Zu diesem Zweck fordere ich Sie auf, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Kriminalgericht Berlin 21, Turmstr. 91, Zimmer 525, 2.Stock, einzufinden.

Sollten Sie an diesem Tag verhindert sein, bin ich bereit, Ihnen am Montag, den 5.Juni 1967-zur gleichen Zeit am selben Ort-rechtliches Gehör zu gewähren, wäre Ihnen jedoch für fernmündliche Benachrichtigung (350111 App.662), ob Sie am 2.Juni, am 5.Juni 1967 erscheinen wollen, oder gar nicht, verbunden.

Zu dem gegen Sie erhobenen Vorwurf können Sie sich bis zum 5.Juni auch schriftlich äußern.

Im Auftrage:
(Kunze)
Oberstaatsanwalt

Wir sind nicht hingegangen. Den nächsten Brief bekam nur einer von uns:

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Gesch.Nr.2 P Js 749/67

1Berlin 21, den 5.Juni 67
Turmstr. 91
Fernruf: 350111 App. 662
(Im Innenbetrieb:933)
Sprechstunden: Mo.-Frei.
8.30- 13.ooUhr

Herrn
Rainer Langhans
Berlin 31
Kurfürstendamm140
(SDS-Heim)

Die Ermittlungen in dem Verfahren gegen Sie sind abgeschlossen. Ich erwäge, gegen Sie Anklage vor der großen Strafkammer des Landesgerichts Berlin wegen Aufforderung zu menschengefährdender Brandstiftung-§§ 111 Abs.2, 306Nr.3 StGB.-(Flugblätter vom 24.5.67) zu erheben.

Ich stelle Ihnen anheim, bis zum 12.Juni 1967 schriftlich zu erklären, ob Sie einzelne Beweiserhebungen beantragen oder Einwendungen gegen die Einreichung der Anklageschrift vorbringen wollen.

Sie können innerhalb dieser Frist auch beantragen, daß Sie durch den Staatsanwalt zu dem Ergebnis der Ermittlungen gehört werden (Schlußgehör)

Im Auftrage: Voigt
Erster Staatsanwalt
Beglaubigt: Ringleb
Justitzangestellter

Inzwischen sind wir angeklagt worden, Fritz und Rainer Langhans. Die Flugblätter haben wir gemeinsam gemacht. Die übrigen von uns werden daher gegen sich selbst Anzeige erstatten.
Wir wollten Euch natürlich auch noch die Anklageschrift abdrucken, aber durch die Bummelei der Kanzlei der Staatsanwaltschaft haben wir sie nicht mehr rechtzeitig erhalten.

Wir werden Sie eben als Flugblatt drucken, wenn sie so schön ist, wie wir uns das vorstellen.

Warum nun das Ganze?

Viele von Euch werden die Flugblätter nur aus der denkwürdigen Abgeordnetenhaussitzung zu den Demonstrationen kennen. Hier sind sie noch einmal:

## Neue Demonstrationsformen in Brüssel erstmals erprobt

In einem Großhappening stellten Vietnamdemonstranten für einen halben Tag kriegsähnliche Zustände in der Brüsseler Innenstadt her.

Diese seit Jahren größte Brandkatastrophe Belgiens hatte ein Vorspiel. Zur Zeit des Brandes fand in dem großen Kaufhaus A l'Innovation(Zur Erneuerung) gerade eine Ausstellung amerikanischer Waren statt, die deren Absatz heben sollte. Dies nahmen eine Gruppe Antivietnamdemonstranten zum Anlaß, ihren Protesten gegen die amerikanische Vietnampolitik Nachdruck zu verleihen. Ich sprach mit dem Mitglied der pro-chinesischen Gruppe "Aktion für Frieden und Völkerfreundschaft" Maurice L.(21): "Wir vermochten uns bisher mit unseren Protesten gegen die amerikanische Vietnampolitik nicht durchzusetzen, da die hiesige Presse durch ihre Berichterstattung systematisch den Menschen hier den Eindruck vermittelt, daß ein Krieg dort unten notwendig und zudem gar nicht so schlimm sei. Wir kamen daher auf diese Form eines Happenings, die die Schwierigkeiten, sich die Zustände beispielsweise in Hanoi während eines amerikanischen Bombenangriffs vorzustellen, beheben sollte."

Der Verlauf des Happenings spricht für eine sorgfältige Planung: Tage zuvor fanden kleinere Demonstrationen alten Musters vor dem Kaufhaus mit Plakaten und Sprechchören statt und in dem Kaufhaus wurden Knallkörper zwischen den Verkaufstischen gezündet. Das Personal wurde so an derartige Geräusche und Zwischenfälle gewöhnt. Die Bedeutung dieser Vorbereitungen zeigte sich dann bei Ausbruch des Feuers, als das Personal zunächst weder auf die Explosionen, noch auf Schreie und Alarmklingeln reagierte. Maurice L. zu dem Brand: "Sie werden verstehen, daß ich keine weiteren Angaben über die Auslösung des Brandes machen möchte, weil sie auf unsere Spur führen könnte."Das Feuer griff sehr schnell auf die übrigen Stockwerke über und verbreitete sich dann noch in den anliegenden Kaufhäusern und Geschäften, da die umgebenden Straßen für die anrückende Feuerwehr zu eng waren. Der Effekt, den die Gruppe erreichen wollte, dürfte wohl ihren Erwartungen voll entprochen haben. Es dürften im Ganzen etwa 4ooo Käufer und Angestellte in die Katastrophe verwickelt sein. Das Kaufhaus glich einem Flammen- und Rauchmeer; unter den Menschen brach eine Panik aus, bei der viele zertrampelt wurden; einige fielen wie brennende Fackeln aus den Fenstern; andere sprangen kopflos auf die Straße und schlugen zerschmettert auf; Augenzeugen berichteten: "Es war ein Bild der Apokalypse"; viele erstickten schreiend. Das Riesenaufgebot an Feuerwehr und Polizei war wegen der Neugierigen und der ungünstigen Raumverhältnisse außerordentlich behindert - ihre Fahrzeuge waren mehrmals in Gefahr, in Brand zu geraten.

Maurice L.: "In der vorigen Woche hatten wir eine anonyme Bombendrohung an das Kaufhaus durchgegeben, um festzustellen, welche Maßnahmen die Polizei und welche Sicherungsmaßnahmen das Kaufhaus ergreifen." - Da zu erwarten war, daß die Betroffenen die Ursache des Brandes mißdeuten würden, hatte die Gruppe nach Maurice L. schon Tage zuvor und vor allem am Tag des Großhappenings Flugblätter verteilt, die auf die Zustände in Vietnam hinwiesen und empfahlen, die Ausstellung im Kaufhaus A l'Innovation "hochgehen" zu lassen. Nach sieben Stunden erst war das Großfeuer unter Kontrolle - der Schaden beträgt nach vorsichtigen Schätzungen ca 18o Mill. DM.

Über die Ursachen des Brandes wurden von der Polizei bisher noch keine genauen Angaben gemacht. Obwohl alle Anzeichen für dieses Großhappening sprechen, wie es Maurice L. schilderte, wagen Polizei und Öffentlichkeit bisher nicht, die Antivietnamdemonstranten offen zu beschuldigen, da dies einem Eingeständnis einer erfolgten weitgehenden Radikalisierung der Vietnamgegner gleichkäme. Es könnte zudem bewirken, daß andere Gruppen in anderen Städten wegen der Durchschlagskraft dieses Großhappenings nicht nur in Belgien zu ähnlichen Aktionen ermuntert würden. Und selbst wenn sich durch eine Unvorsichtigkeit der Demonstranten die Urheberschaft dieser obengenannten Gruppe eindeutig herausstellen würde, dürfte dies nicht dazu führen, daß die Polizei das Ergebnis veröffentlicht, da der obige Effekt der Ermunterung anderer Gruppen eine solche Veröffentlichung inopportun erscheinen läßt.

KOMMUNE I (24.5.67)

NEU ! UNKONVENTIONELL ! NEU! UNKONVENTIONELL ! NEU ! UNK

Warum brennst Du, Konsument ?

NEU ! ATEMBERAUBEND ! NEU ! ATEMBERAUBEND! NEU ! ATEMBER

Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie wird bekanntlich nur noch vom Einfallsreichtum der amerikanischen Werbung übertroffen: Coca-Cola und Hiroshima, das deutsche Wirtschaftswunder und der vietnamesische Krieg, die Freie Universität und die Universität von Teheran sind die faszinierenden und erregenden Leistungen und weltweit bekannten Gütezeichen amerikanischen Tatendranges und amerikanischen Erfindergeists; weben diesseits und jenseits von Mauer, Stacheldraht und Vorhang für freedom und democracy.

Mit einem neuen gag in der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet: ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole:

Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Grossstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssten.

Skeptiker mögen davor warnen, 'König Kunde', den Konsumenten, den in unserer Gesellschaft so eindeutig Bevorzugten und Umworbenen, einfach zu verbrennen.

Schwarzseher mögen schon unsere so überaus komplizierte und kompliziert zu lenkende hochentwickelte Wirtschaft in Gefahr sehen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden : wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Mass nicht überschritten wird, dem Kühnen und Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen.

Auch der Umstand, dass man dieses Feuerwerk Anti-Vietnam-Demonstarnten andichten will, vermag uns nicht irrezuführen. Wir kennen diese weltfremden jungen Leute, die immer die (Plakate) von gestern tragen, und wir wissen, dass sie trotz aller abstrakten Bücherweisheit und romantischer Träumereien noch immer an unserer dynamischen amerikanischen Wirklichkeit vorbeigegangen sind.

Kommune I (24.5.1967)

Wann brennen die Berliner Kaufhäuser ?

Bisher krepierten die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, dass diese armen Schweine ihr Cocacolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mussten. Deshalb trottelten wir anfangs mit Schildern durch leere Strassen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus und zuletzt hätten wir gern HHH in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie wohltuend eine Kastration ist, falls überhaupt noch was dranhängt...es gibt da so böse Gerüchte.

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht wurden - die Bevölkerung konnte immer nur Stelleung nehemn durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk beim der Frühstückszeitung zu vergiessen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei ist nicht unbedingt erforderlich, dass das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das 'made in Germany'?

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genausowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:

burn, ware-house, burn !

Kommune I (24.5.67)

# REVOLUTION IN ROSÉ

# REVOLUTION IN ROT

☆ DURCH FLAMMENDES ROT FLIEGEN PELZE AUF DIE STRASSE ☆ FÜR JEDE HAUSFRAU BRÜSSELS EINEN NERZ ☆ L'INNOVATION ROSAROTE INVASION ☆ DAS VÖLLIG NEUE REVOLUTIONIERENDE GEFÜHL ☆ EINE FLASCHE PROPAN-GAS UND SIE KÖNNEN DASSELBE ERLEBEN ☆ DIE HÖCHSTENTWICKELTE PROPAGANDA FÜR JOHNSON VIETNAM-POLITIK ☆ AMERIKANISCHES KULTURGUT VON ROSÉ-GRAUEN WOLKEN UMSCHMEICHELT ☆ DIE APOKALYPSE VON BRÜSSEL KÖNNEN SIE SELBST ERLEBEN ☆ DURCH REVOLUTION IN ROSÉ ☆ PROPANGAS IN ROT ☆ BEI KEPA UND KA-DE-WEH

KOMMUNEI

15 Pf
A 2032 A

B.Z.

Nr. 121 · 91. Jahr / Berlin, Sonnabend, 27. Mai 1967

Die größte Zeitung Berlins

KOMMUNE I
30.5.67

**Inspektor sagt:**

# 400 Tote – für sie ein Happening

**Bitte, halten Sie sich fest: Können Sie sich vorstellen, daß bei uns Leute die furchtbare Kaufhaus-Brandkatastrophe in Brüssel mit ihren fast 400 Toten als linksradikale, antiamerikanische Heldentat feiern?**

... daß uns Leute darauf vorbereiten, nun bald auch Berliner Warenhäuser brennen zu sehen? Und uns neckisch-kokett bitten, nicht erstaunt zu sein, wenn auch bald vollbesetzte Zuschauer-Tribünen in Sportstadien zusammenbrechen?

**Halten Sie sich fest: Das gibt es tatsächlich!**

An der Freien Universität wurden Flugblätter verteilt, die die Unterschrift der „Kommune I" tragen. Die Texte sind von unüberbietbarer Dreckigkeit. Gespickt mit Obszönitäten, die wahrscheinlich auch in einem Bordell zum Hinauswurf führen würden.

**„Kommune I" — Sie wissen ja Bescheid: Jener Club links von sich selber stehender Jünglinge und Mädchen mit dem gestörten Hormon-Haushalt.**

Ich muß gestehen, diese halbverrückten und verhinderten Puddingwerfer bisher nicht ganz ernst genommen zu haben. Denn ich sagte mir: Eines Tages gehören sie ja ohnehin zu den hochbezahlten Stützen unserer Gesellschaft — und dann sieht die Welt für diese Gernegroße ganz anders aus.

**Aber diese Leute weiter mit Nichtachtung strafen, gesundschweigen zu wollen — das ist nicht mehr die richtige Methode: Hier sollte jetzt Fraktur gesprochen werden! Auch dann, wenn unsere ach so vornehme Linkspresse ihre Hätschelkinder abermals liebevoll auf den Schoß nimmt und von „Polizeistaatmethoden" in West-Berlin spricht.**

Meine Meinung: Leute, die die Brüsseler Brandkatastrophe mit ihren fast 400 Toten als „Happening" bezeichnen, sind gemeingefährlich! Wer diese Katastrophe, die möglicherweise auf linksradikale Brandstiftung zurückgeht, verherrlicht und zur Nachahmung empfiehlt, gehört hinter Schloß und Riegel!

**Polizei und Staatsanwaltschaft sollten die Fahndung nach den Urhebern dieser Flugblätter mit aller Energie betreiben!**

# Verfahren gegen die Kommune I

**Als Aufforderung zu einem Verbrechen wertet die Polizei die Flugblätter, die von Mitgliedern der linksradikalen „Kommune I" auf dem Gelände der FU verteilt wurden. Sie hat ein Verfahren gegen die Urheber eingeleitet. Jetzt muß die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob gegen die Verfasser Haftbefehl beantragt wird.**

„Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, 200 saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben, und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung vom KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an ... burn, ware-house, burn!" (Brenne, Warenhaus, brenne!)

## Ekelerregend

**Das sind die wesentlichen Passagen dieses ekelerregenden Pamphlets der „Kommune I", die die Polizei zum Einschreiten veranlaßte. Aber ein anderes Flugblatt derselben Gruppe sagt noch mehr aus:**

Mit dem einleitenden Satz: „In einem Großhappening stellten Vietnam-Demonstranten für einen halben Tag kriegsähnliche Zustände in der Brüsseler Innenstadt her", brüstet sich die „Kommune I" mit direkten Verbindungen zu Brüsseler Terroristen. In Interviewform werden die genauen Vorbereitungen der Brandstiftung geschildert, der etwa 400 Menschen zum Opfer fielen. Und als beispielhaft hingestellt.

**Die Polizei hält es für durchaus wahrscheinlich, daß die „Kommune I" direkte Verbindungen nach Brüssel hat. Denn zu dem Zeitpunkt, an dem die Flugblätter verteilt wurden, waren bestimmte geschilderte Einzelheiten in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt.**

L. R.

27.5.67

26.5.67

I. Das beste Stück unserer Sammlung ist tatsächlich, wie erwartet, die Anklageschrift zu den Brandflugblättern:

A N K L A G E S C H R I F T

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht
(506) 2 P Js 749/67 (55/67)

I Berlin 21, den 9.Juni 1967
Turmstrasse 91
Fernruf: 35 01 11 App. 662

An die
grosse Strafkammer
des Landgerichts Berlin
im H a u s e

A n k l a g e s c h r i f t

I. Der Student der Psychologie Rainer L a n g h a n s,
geboren am 19.Juni 1940 in Oschersleben,
wohnhaft in Berlin 31, Kurfürstendamm 140 (SDS-Heim),
Deutscher, ledig, vorbestraft,

2. Der Student der Publizistik Fritz T e u f e l,
geboren am 17. Juni 1943 in Ingelheim,
wohnhaft in Berlin 10, Kaiser-Friedrich-Strasse 54 a

Deutscher, ledig, vorbestraft,

- z.Zt. für das Verfahren 2 P Js 758/67
in Untersuchungshaft in der U-Haftanstalt Moabit
in Berlin 21, Alt-Moabit 12a, Gef.B.Nr.1637/67 -

- Strafregisterauszüge
sind beigefügt -,

werden a n g e k l a g t,

in Berlin am 24.Mai 1967
gemeinschaftlich

durch Verbreitung von Schriften
zur Begehung strafbarer Handlungen
aufgefordert zu haben, nämlich zum

vorsätzlichen Inbrandsetzen von Räumlichkeiten, welche zeitweise dem Aufenthalt von Menschen dienen, und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen in denselben sich aufzuhalten pflegen. Die Aufforderung ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Die Angeschuldigten haben am 24.Mai 1967 vor der Mensa der Freien Universität in Berlin-Dahlem in grosser Zahl Flugblätter verteilt, die das Datum dieses Tages tragen und mit den Zahlen 6 bis 9 und der Verfasserbezeichnung "Kommune I" versehen sind. Die Flugblätter nehmen einen Warenhausbrand, der sich am 22.Mai 1967 in Brüssel ereignet hat, zum Anlass, Brandstiftungen in Berliner Warenhäusern anzuregen, um dadurch wirklichkeitsnahe Vorstellungen von den Kämpfen in Vietnam zu vermitteln. Sie wollen damit das amerikanische Vorgehen in Vietnam anprangern.
Die Flugblätter haben folgenden Text:

Jetzt folgen Kopien der vier Flugblätter, die schon in der Broschüre sind.

Der gesamt Inhalt der Flugblätter lässt erkennen, dass die Verfasser davon ausgehen, der Warenhausbrand in Brüssel sei durch Brandstiftung hervorgerufen worden, und dass es angesichts der überzeugenden Wirkung einer solchen "Demonstration" ihr Bestreben ist, eine nach Grösse und Zusammensetzung unbestimmte Gruppe Gleichgesinnter zu gewinnen, die aufgefordert werden, auch in Berliner Warenhäusern - und zwar während der Verkaufszeiten - Brände zu legen.

- Verbrechen gemäss § 306 Nr. 3
§ III Abs. 2
§§ 47,48 StGB.,
§ 19 des Berliner Pressegesetzes vom 15.Juni 1965 -

Beweismittel: 4 Flugblätter in Xerox-Kopie,
3 Ordner mit Beweismitteln aus dem Ermittlungsverfahren I P Js 236/67

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

I.

Als "Kommune I" bezeichnet sich eine Gruppe von Studierenden und Berufslosen, die sich, ohne eine Rechtsform anzunehmen, in Berlin gebildet und seitdem unter den Studenten der Freien Universität, aber auch ausserhalb des Universitätsbereichs Unruhe gestiftet und verbreitet hat.

Diese Gruppe hat sich zunächst innerhalb des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gebildet und dort Anhänger gefunden. Zahl und Personen der Anhängerschaft waren nicht beständig. Ein kleiner Kreis, zu dem auch die Angeschuldigten gehören, ist beisammen geblieben. Dem Vernehmen nach hat sich inzwischen der SDS von der "Kommune I" getrennt. Gleichwohl haben die Mitglieder und Anhänger der "Kommune I"

seit Anfang des Jahres 1967 eine propagandistische Tätigkeit entfaltet, die im Laufe der ersten sechs Monate verstärkt und radikalisiert worden ist:

Die Verbreitung mündlicher und schriftlicher Meinungsäusserungen
zu Universitätsfragen, zu Fragen der Innen-, der Aussen- und schliesslich auch der Weltpolitik hat im akademischen Bereich mehr und mehr Echo gefunden,
zu Streitgesprächen und sich zunehmend schroffer gestaltendem Meinungsaustausch,
endlich sogar zu Handgreiflichkeiten, passiven und aktiven Widerstandshandlungen geführt.

Diese Entwicklung ist nicht auf den Bereich der Hochschulen (FU und TU) beschränkt geblieben. Sie hat sich vielmehr in einer das öffentliche Leben in Berlin störenden und beeinträchtigenden Weise auf Stadtgebiete und Strassenzüge ausgebreitet, die, weil besonders verkehrsreich, auch besonders empfindlich für Verkehrsbehinderungen und -störungen sind, verursacht etwa durch Demonstrationen, durch Ansammlungen von Diskussionsgruppen oder durch tätliche Auseinandersetzungen:

Kurfürstendamm, Joachimstaler Strasse, Hardenbergstrasse, Wittenbergplatz, Tauentzienstrasse, Breitscheidplatz.

Solche gesteigerten Kundgebungen haben schliesslich ihre - vorläufigen - Höhepunkte in den Vorfällen beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey (5.April 1967) und des iranischen Kaiserpaares (2. und 3. Juni 1967) gefunden. Bei Zusammenstössen von Demonstranten mit der Polizei, die - zumindest auch - von der "Kommune I" geschürt und gewünscht worden waren, ist ein Student getötet worden. Alles das ist aus Berichten der Tageszeitungen, des Rundfunks und des Fernsehens gerichtsbekannt.

II.

Die Entwicklung zeigt, dass geistige und ideologische Auseinandersetzungen in Unduldsamkeit und Terror ausgeartet sind. Die Angehörigen der "Kommune I" bekennen sich zu extremradikalen kommunistischen Auffassungen und sehen in dem chinesischen Parteiführer Mao tse Tung und dem nordvietnamesischen Staatsoberhaupt Ho-Chi-Minh ihre vergötterten Vorbilder. Im privaten Bereich erstrebt die "Kommune I":

"Revolutionierung des Alltags",
"Völlig geplante und durchorganisierte Aktionen;
jeder soll dabei eine ganz bestimmte Rolle übernehmen",
"Allgemeine Sexualität durch Auflösung der Privatverhältnisse als Privatverhältnisse".
Ablehnung des Privateigentums
Ablehnung jeglicher staatlicher Ordnung
Auflösung sexueller Probleme in zwanglosem Partnerwechsel und gemeinschaftlicher Erörterung individuellen Fehlverhaltens,
Beseitigung von Daseinsschwierigkeiten - Wohnung, Lebensunterhalt - durch "Aktionen",
wie Inbesitznahme leerstehender Häuser,
Diebstahl und Plünderung in Läden oder Gaststätten (zumindest erwogen).

Diese hier nur sehr knapp zusammengefassten Gedanken finden sich in den Protokollen über Sitzungen der "Kommune I", von denen Ablichtungen

in den Beweismittelheften enthalten sind, die im Ermittlungsverfahren I P Js 236/67 gebildet und hier beigezogen worden sind.

III.

Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1967 hat sich die "Kommune I" eingedenk ihrer Ziele folgender Mittel bedient:

> Verbreiten von Flugschriften schmähenden und beleidigenden Inhalts, die sich gegen den Rektor und mehrere Professoren der FU richteten, Auffordern zu Protesten und Demonstrationen aus mannigfachen Anlässen, Abhalten von Versammlungen und Stören des Universitätsbetriebes mit wechselnden Mitteln (z.B.Sitzproteste),
> genehmigtes und nichtgenehmigtes Demonstrieren in besonders verkehrsreichen Strassen Berlins, provokatorisches Verhalten, aktiver und passiver Widerstand gegenüber der Polizei,
> Zeigen von Transparenten und Schildern mit aufreizenden Parolen und abgewandelten Zielrichtungen,
> Werfen von Farbträgern (z.B. Eiern) auf Personen und Sachen.

Alle diese - durch Veröffentlichungen der Massenmedien - bekanntgewordenen Vorkommnisse, die sich seit Anfang 1967 vermehrt und verdichtet haben, sind von der Mehrheit der Berliner Bevölkerung mit Unmut und zunehmender Missbilligung aufgenommen worden. Ungeachtet dessen haben die Angeschuldigten Flugblätter verteilt, die - geradezu im Sinne einer "Eskalation" ihrer Bestrebungen - zu Handlungen auffordern, die - falls es dazu käme - verbrecherisch wären.

IV.

Die hier inkriminierten Flugblätter sind - nicht nur weil drei von ihnen dasselbe Datum tragen - als Ganzes zu würdigen. Die Verfasser erläutern auf ihre Weise den Brand des Warenhauses A l'innovation in Brüssel, bei dem am 22.Mai 1967 mehr als 300 Menschen um Leben kamen. Sie gehen davon aus, dass der Brand vorsätzlich gelegt worden ist, um die Belgier aufzurütteln, augenfällig und schmerzlich davon zu überzeugen, dass die amerikanische Kampfesweise in Vietnam grausam und unmenschlich sei. Die durch den Brand hervorgerufenen "kriegsähnlichen Zustände" nennen sie - zynisch genug - ein "Grosshappening". Der belgischen Polizei unterstellen sie, sie verschweige absichtlich die Brandstiftung als Ursache der Katastrophe, um nicht andere Vietnamkriegsgegner anderswo zu ähnlichen "Demonstrationen" zu ermuntern. Es folgen hasserfüllte, mit ätzendem Spott untermalte Betrachtungen über die eindrucksvolle Wirkung eines Warenhausbrandes. Kennzeichnend dafür sind diese Sätze aus dem Flugblatt 7:

> "Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Grosstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabei zu sein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte mass nicht überschritten wird, dem Kühnen und dem Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen."

Flugblatt 8 enthält zwar nicht wortwörtlich, aber unmissverständlich die unverhohlene Aufforderung, auch in Berlin mit brennenden Warenhäusern für Vietnam zu "demonstrieren":

"Wann brennen die Berliner Kaufhäuser ?

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht - die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, zweihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung vergiessen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung vom KaDeWe, Herthie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an."

Gerade dieser Satz ist besonders kennzeichnend dafür, dass zu einer eindeutig motivierten Brandstiftung aufgefordert wird:

Auch der bisher untätige Zeitungsleser wird, angeregt vom Brüsseler Brand, nunmehr aktiv, indem er sich in einer Ankleidekabine eines namentlich bezeichneten Berliner Warenhauses "diskret eine Zigarette" anzündet, weil es ja in den Konfektionsabteilungen an brennbaren Stoffen wahrlich nicht mangelt.

Auch die abschliessende "Vorbereitung" auf etwa bevorstehende Ereignisse ist sinngemäss nichts als die Aufforderung zur Beteiligung:

"Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:
burn, ware-house, burn !"

Nach nüchterner und verständiger Prüfung der Ausführungen I bis III kann die Ernsthaftigkeit der in den Flugblättern enthaltenen Aufforderung zur menschengefährdenden Brandstiftung nicht angezweifelt werden. Angesichts ihres tätigen Wirkens innerhalb der "Kommune I" seit längerer Zeit und ihres Bestrebens, dieses Wirken spektakulär zu steigern, kann das Werben für ihr "unkonventionelles" und "atemberaubendes" Vorhaben nicht ernst genug genommen werden.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor der grossen Strafkammer des Landgerichts Berlin zuzulassen.

Im Auftrage:
K u n t z e

(Kuntze)
Oberstaatsanwalt

Kein Wort von Fritz und Rainer - wenn es stellvertretende Sippenhaftung gibt, dann hier.
Wir haben deshalb an den General geschrieben:

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Wir haben im Augenblick sowieso kein Geld - da wäre es ganz gut, ins Gefängnis zu kommen. Aber zweie reichen dafür nicht aus - es müssten schon alle sein.
Schliesslich haben wir die Flugblätter ja auch zusammen gemacht und vertrieben, und irgendwo im Gesetz gibt es doch sowas wie Recht auf geistiges Eigentum. Nicht nur Fritz und Rainer gehören die Flugblätter nämlich, sondern auch wir anderen

Dieter Kunzelmann
Volker Gebbert
Gertrud Hemmer
Ulrich Enzensberger

dürfen sie nutzen. Und wir wollen das auch.
Also sei bitte so gerecht und versuch uns doch alle einzulochen.
Übrigens könntest Du vorher nochmal zu Kaffee und Kuchen mit Deiner werten Gemahlin vorbeikommen - wir waschen uns die dreckigen Hälse.

Mit Hochachtung!
(Unterschriften)

Und nun schließlich:

Amtsgericht Tiergarten
(Bereitschaftsgericht )

1 Berlin 62, den 3.6.67
Grunewaldstraße 69
Fernruf: 71 02 51

Geschäftsnummer: 381 Gs 659/67

Herrn
Gebbert

1 Berlin 12
Kaiser-Friedrich-Str. 54a

In einer Ermittlungssache werden Sie von der auf Grund eines richterlichen Haftbefehls erfolgten

V E R H A F T U N G

des Beschuldigten Fritz Teufel benachrichtigt.

Der Beschuldigte befindet sich in der

Untersuchungshaftanstalt Moabit,
Berlin 21, Alt Moabit 12a

HV 1051
Benachrichtigung in
Haftsachen
§ 114 a Abs. 1 StPO - Tierg.

Auf Anordnung
Ubisch (Unterschrift)
Justizangestellte

Ein Brief von ihm gelangte bisher zu uns.

5. Juni 1967

Lieber Volker, aufgrund der Angaben zweier Polizeibeamter bin ich dringend verdächtig gegenüber Polizisten gewalttätig geworden zu sein und mit Steinen geworfen zu haben, Verbrechen strafbar nach § 125 Abs. 2 StGb. Mit dem Rechtsanwalt konnte ich bis jetzt noch nicht sprechen und habe deshalb auch vor dem Vernehmungsrichter, der den Haftbefehl ausstellte, keine Aussage zur Sache gemacht. Das Gefängnis ist sehr hygienisch, ich habe fließend Wasser und einen Abort in meiner Zelle - Es würde Dir bestimmt gefallen. Die Küche ist gediegen. Heute gab es Klöße und Backobst. Meine Post wird vom Herrn Staatsanwalt zensiert. Ich denke, er wird nichts dagegen haben, wenn Du mir frische Unterwäsche

und meine alte Brille ( der neuen fehlt ein Glas ), die auf dem Regal im großen Zimmer liegt, schickst. Dann brauche ich noch Zahnbürste und Zahnpasta und wenn es geht noch zwanzig Mark, damit ich mir in der Kantine Milch und dgl. kaufen kann. Ich hoffe, daß Dir und unseren Freunden nichts passiert ist und bleibe, hoffentlich nicht allzu lange

Dein Fritz

Wir wissen sonst nichts von ihm, außer daß er zweimal verprügelt wurde- einmal bei seiner Festnahme und dann nochmal auf einem Polizeirevier, daß sein Auge heil ist und daß die politischen Instanzen vorhaben, hier mal mit Zuchthaus ( bis zu 10 Jahren möglich ) klar zu machen, was jedem von Euch blühen kann.
Zwei Polizisten als Zeugen für seine angeblichen Steinwürfe - das reicht eigentlich, der Fall ist klar meint der Oberstaatsanwalt.
Beim letzten Haftprüfungstermin wurde gegen Fritz entschieden.
Mal sehen, wann aus den Steinen Eier und Rauchbomben werden.
Bei Humphrey dauerte es auch seine Zeit, bis sich der Sprengstoff in Puddingpulver auflöste.

was tun ?

Disziplinargeschichte - macht was ! Zumindest muß das Ding öffentlich sein, damit wenn Ihr dann mal dran seid, die übrigen davon lernen.

Zu der Verhandlung der Brandstiftung könnt Ihr alle ja kommen, man kann sich dazu ja was einfallen lassen, im Feuerwehrauto vorfahren, in Uniform erscheinen, Streichhölzer mitbringen usw.

Warum soll Dieter K. nicht mehr aufwiegeln dürfen - selber blöd, wer sich verführen läßt !

H o l t d e n F r i t z r a u s ! ! !

Wenn Ihr uns helft, dann schützt Ihr Euch selbst !

Der böse Verführer:
Da schlug der Rektor erneut zu

# Kuriosa

Der Rektor der
Freien Universität
Berlin
1 Berlin 33, Ihnestrasse 24

1 Berlin 33, den 6.6.1967
Ruf 76901 App. 225o

Gegen Postzustellungsurkunde

Herrn
Dieter Kunzelmann
1 Berlin 3o
Kurfürstenstraße 148
bei Hemmer

Sehr geehrter Herr Kunzelmann,

Sie haben in lezter Zeit wiederholt Veranstaltungen in der Universität gestört, indem Sie Flugblätter strafbaren Inhalts verteilten, "Wandzeitungen" entrollten und versuchten, Studenten gegen die Universitätsorgane und die öffentliche Ordnung aufzuwiegeln. Am Sonnabend, dem 4.6.1967, äußerten Sie vor dem Henry-Ford-Bau Studenten gegenüber die Absicht, die Sitzungen des Akademischen Senats zu stören, und forderten sie dazu auf, sich daran zu beteiligen. 1)
Wegen Ihres Verhaltens untersage ich Ihnen hiermit das Betreten des Henry-Ford-Baus der Universität gemäß § 28 der Universitätsordnung. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Sie sich im Falle der Zuwiderhandlung gegen diese Anordnung des Hausfriedensbruches schuldig machen.
Gegen diesen Bescheid ist die Klage vor dem Verwaltungsgericht gegeben. Sie muß innerhalb eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beim Verwaltungsgericht Berlin, Berlin 12, Hardenbergstr. 21, erhoben werden.

Hochachtungsvoll
(unleserliche Unterschrift)

Nehmt Euch in Acht!

---

1) Es war Sonntag, nicht Sonnabend. Wir waren von Siegmundshof, wo das Gedenkkreuz für Ohnesorg aufgestellt worden war, zur Uni gefahren, da wir gehört hatten, daß dort der Akademische Senat tage. Wir lagen auf der Wiese vor dem Senatssaal.

2.Schliesslich,solche Sachen laufen auch noch (vom bekannten Absender,Turmstrasse,diesmal an Volker Gebbert):

Strafbefehl

Sie werden beschuldigt
in Berlin
am 2.August 1966

Berlin,den 13.Juni 67

mit andern gemeinschaftlich
in den Gasträumen eines anderen ohne Befugnis verweilend,
sich auf die Aufforderung des Berechtigten nicht entfernt zu haben,
indem Sie
sich entsprechend einem gemeinschaftlich mit anderen Zuschauern gefassten Entschluss nach Beendigung der Abendvorstellung des Filmes "Africa Addio" im ASTOR-Film-Theater,Berlin 15, Kurfürstendamm 217,im Innenraum des Theaters aufhielten und diesen trotz mehrfacher Aufforderungen durch den Theaterleiter Johannes Wöhlermann und die zur Räumung eingesetzten Polizeibeamten nicht verliessen.
..... (es folgen Paragraphen und Zeugennamen)....
Auf Antrag der Staatsanwaltschaft
wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe
in Höhe von 200,- (zweihundert) DM
- und für den Fall,dass die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann,
ersatzweise 20 (zwanzig) Tage Gefängnis
festgesetzt.
usw.usf.

Und noch ein Gedicht:

Strafbefehl

Berlin,den 9.Juni 67

Sie werden beschuldigt,zu Berlin-Charlottenburg
am 10.Dezember 1966,gegen 17.20 Uhr,

die Sicherheit und Leichtigkeit des Strassenverkehrs in erheblicher Weise behindert haben,

indem sie
nach Beendigung einer Kundgebung auf dem Wittenbergplatz an der Ecke Kurfürstendamm/Joachimstaler Strasse zusammen mit etwa 40 Personen um einen Weihnachtsbaum stehen blieben,der Aufforderung der Polizeibeamten,weiterzugehen,keine Folge leisteten,sondern durch lautstarke Reden die Menschenmenge weiter zusammenhielten und dadurch den sehr starken Fussgänger- und Fahrzeugverkehr (Nachmittagsstunden eines verkaufsoffenen Sonnabends der Vorweihnachtszeit im Geschäftszentrum) behinderten.
....(wieder Paragraphen,wieder Zeugen)....
Auf Antrag der Staatsanwaltschaft
wird deshalb gegen sie eine Geldstrafe in Höhe von 50.-(fünfzig) DM,und für den Fall,dass die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann,eine Haftstrafe von fünf Tagen festgesetzt.
usw.usf.

Beim ersten Strafbefehl hat sich Volker,unser notorischer sozialer Absteiger,noch selber eine Berufung abgerungen.Beim zweiten mussten wir schon nachhelfen,weil ihm langsam unterm Kreuzfeuer Derer vom Tiergarten die Puste ausgeht.

Dieter muss übrigens für 3 Wochen ins Loch.Weil er aufgerührt hat, damals in München bei der ersten grossen Vietnamdemonstration.Da nützt ihm nichts,dass er Verfassungsbeschwerde eingelegt hat.Er blieb nämlich beim Sitzstreik vor dem Amerikahaus trotz der Aufforderung zu räumen,sitzen,das ist und bleibt öffentlicher Aufruhr und wegen einer Reflexbewegung seines linken Beines Widerstand gegen die Staatsgewalt obendrein.

In der Ladung zum Strafantritt in die Strafanstalt Tegel in Berlin 27 Seidelstr. 39 sind auf dem Vordruck folgende Hinweise(zusammen mit anderen);

> Annahme nur Montag bis Freitag in der Zeit von 8.oo bis 14.oo Uhr.
> Es wird erwartet, dass Sie in sauberem und nüchternem zustand erscheinen. Betrunkene werden nicht aufgenommen und können zunächst der Polizei zur Ausnüchterung übergeben werden.
> Wer sich ohne diese Ladung und Lichtbildausweis stellt, muss damit rechnen, abgewiesen zu werden und setzt sich daher späteren Zwangsmassnahmen aus.
> Strafgefangene sind grundsätzlich auf Anstaltskleidung und Anstaltskost angewiesen. Sie brauchen daher nur wenige Sachen mitzubringen.
> Erlaubt sind: Bargeld, Zahnbürste, Rasierapparat mit höchstens lo Klingen, Rasierpinsel, Waschlappen, Waschbeutel, 1 Stück Seife, Tabakspfeife, Feuerzeug, Kugelschreiber oder Füller und höchstens 4 Lichtbilder von Angehörigen. Bei längerer Freiheitsentziehung einige Bücher zur beruflichen Fortbildung.
> Besuche: Sie können von Angehörigen und Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, nach Verbüssung von einem Monat der Strafe und sodann jeden weiteren Monat einmal besucht werden. Mehr als zwei Besucher werden nicht gleichzeitig zugelassen. Besuche durch Kinder(nur in Begleitung Erwachsener) sind zwar zulässig, sollten jedoch im Interesse des Kindes möglichst vermieden werden.

Wenn er muss - den Termin sagen wir Euch noch - dann können wir ihn alle begleiten mit einem Zug, mit Musik und Plakaten. Auch, wenn er wiederkommt.

3. Notiz: Mädchen haben es schwer

Da sind sich alle einig, Justiz, Polizei und Disziplinarausschuß: Mädchen sind nicht zurechnunsfähig!

Bei der Humphreyaktion wurden sie alsbald wieder entlassen, da ihnen " kein Tatverdacht nachzuweisen"war. Die Jungens saßen.
So auch bei der Disziplinargeschichte, wo nach der Anklageschrift die Sitzung am 2.4. angeblich ohne sie stattfand - was sollten sie auch da, mögen sie gedacht haben. Und so natürlich auch bei den Brandflugblättern- die Jungen bekamen ein Verfahren wegen Verfassen und Verteilen der Flugblätter 6-9, sie nicht.
Mädchen können eben keine Flugblätter machen.
Mädchen können eben nicht politisch sein.
Mädchen habens gut bei uns - ihnen passiert nichts.

4. Haus gesucht

Notar
Jürgen Graul
Rechtsanwalt

1 Berlin 65, den 3.Aug.67
Badstr.23 -/Ga
Telefon: 46 48 02

Herrn
Volker G e b b e r t
1 Berlin 12
Kaiser- Friedrich- Str. 54a

(Stempel vom Obergerichtsvollzieher Heinz Riemann)

Sehr geehrter Herr Gebbert,

namens meiner Mandanten, der Herren Arno K r o p f, Berlin 12, Clausewitzstr. 5 und Werner Metzlaff, habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen:
Auf Grund des Mietvertrages vom 11. April 1967 sind Sie im Hause meiner Mandanten Mieter der im dritten Obergeschoß belegenen Wohnung zum Betriebe eines Fremdenheims.
Meine Mandanten haben Sie bereits direkt davon in Kenntnis gestzt, daß durch Sie und Personen, denen Sie die Benutzung der Mieträume gestattet haben, das Treppenhaus in großem Ausmaß verunreinigt wird. Meine Mandanten können im Interesse der Aurechterhaltung von Sauberkeit und Ordnung derartige Verschmutzungen nicht dulden. Sie sind unter zivilisierten Menschen auch nicht üblich. Ich habe Sie daher aufzufordern, ab sofort dafür Sorge zu tragen, daß durch die Benutzer der von Ihnen gemieteten Räume eine Verschmutzung des Treppenhauses in der beanstandeten Form unterbleibt. Im Wiederholungsfalle werden meine Mandanten von Ihnen die zusätzlich entstandenen Reinigungskosten ersetzt verlangen.
Darüber hinaus bin ich gehalten, künftig sofort ohne jede weitere Abmahnung gerichtliche Maßnahmen gegen Sie einzuleiten, sofern Sie der Aufforderung aus meinem Schreiben keine Folge leisten.

Ich muß Sie darüber hinaus ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Benutzer der von Ihnen gemieteten Räume sich so verhalten, wie dies unter zivilisierten Menschen in Mitteleuropa üblich ist.

Hochachtungsvoll
unleserliche Unterschrift
Rechtsanwalt

In beiden Stockwerken unter uns herrscht reger Puffbetrieb, aber Kommune geht einfach doch zu weit. Jetzt werden von der Hausverwaltung bereits Unterschriften aller Mietparteien gegen uns gesammelt mit dem dezenten Hinweis, daß ein Bartträger das sieben oder achtjährige Hausmeistertöchterlein vergewaltigen wollte. Bei unserem Frauenmangel wenig verwunderlich, die laufen und laufen uns alle weg. Kinder sind unsere letzte Chance und unsere eigenen sind doch noch ein bischen zu klein.
Unsere Spritzpistolenschlachten sind bereits Geschichte.

Strafverfügung vom 4. Juli 1967
Amtsgericht Tiergarten

"Herr Gebbert, als verantwortlicher Wohnungsinhaber, hat es zugelassen, daß aus einem Fenster seiner Wohnung Wasser ausgegossen worden ist, an einen Ort, wo Menschen zu verkehren pflegen.
Von diesem Wasser ist die Dienstkleidung des Anzeigenden, der seinen Streifendienst vor o.a. Grundstück versah, benäßt worden.

An diesem Fenster sind von dem Anzeigenden mehrere Personen festgestellt worden, die nach dem Ausgießen des Wassers sich sofort entfernten.
An diesem Fenster stehen weder Blumentöpfe noch ist dort ein Blumenkasten angebracht."

Der getroffene Polizist brach tot zusammen, seiner Witwe überwiesen wir die 25 DM Bußgeld; die Schlachten gingen aber weiter. Trotz unserer Gummimäntel konnten wir nicht verhindern, daß gezielte Schüsse den Dreck an unbekleideten Stellen hinwegspülten. Die im Schmutz erstickende Kommune... alles böse Gerüchte. - Als einem Tag nach unserem Staatsakt für Justiz und Senat Fritz bei uns wieder anklopfte, ausgruht, aufgeheitert und voller Tatendrang, "suchten" wir unsere schmutzigen Bettücher zusammen, bepinselten sie und hängten sie zum Fenster hinaus, jeder sollte an unserer Freude teilhaben. Prompt überbrachte die Polizei ihre Grüße, eine Anzeige wegen

" Aufhängens von nicht genügend gesicherten Transparenten an der Fensterfront"

Zwei Tage später feierte ganz Berlin die Freilassung von Fritz auf dem Ku- Damm. Nachts wurde im Republikanischen Club und am Stutti weiter gemacht. Dabei passierte das Malheur mit dem Radio, inszeniert von einem besoffenen Sympathisanten. Der getroffene Rentner geht nicht mehr, aber das Radio.

K U R T  S O R G E
Assekuranz - Büro
Generalagentur erstklassiger Versicherungsgesellschaften

Herrn
Volker Gebbert
1 Berlin 12
Kaiser-Friedrich- Str. 54a

Berlin 41 (Friedenau), den 17.8.67
Fregestr. 18
Nähe Lauterplatz

Betr.: Hausratversicherung

Jüngst gaben Sie mir für eine Wohnungsversicherung das Antragsformular unterschrieben zurück.
Zu meinem größten Bedauern muß ich Ihnen heute bekannt geben, daß ich die Versicherung nicht unterbringen kann. Leider ist der Vorgang mit einem Verletzten aus dem Fensterwurf Ihrer Wohnung so deutlich über die Presse gelaufen, daß die Gesellschaften befürchten müssen, bei derartigen Festlichkeiten ist auch leicht ein Brand- oder Leitungswasserschaden möglich, das zu tragende Risiko wird zu hoch.

Bitte versuchen Sie einmal, ob Sie einen anderen Versicherer finden können.

Hochachtungsvoll
Unterschrift(unleserlich)

Unsere Wohnung werden wir früher oder später los sein, wer weiß einen Unterschlupf? Wir ziehen in jede europäische Großstadt, in der sich folgende Utensilien befinden: 1 Bürgermeister, 1 Polizeipräsident, 1 Magnifizenz, 1 Justizpalast, mehrere Kaufhäuser, ein paar ausländische Botschaften, Konsulate ect. p.p. Angebote an KI, Kaiser-Friedrich-Str. 54a. Diskretion Ehrensache.

5. Mach dir ein paar schöne Stunden, kidnappe Kinder.

Bezirksamt Charlottenburg von Berlin, Abteilung Jugend und Sport
Geschäftszeichen: Jug. Ref. I

1 Berlin 10, den 14.8.1967
Otto-Suhr-Allee 100
Fernruf: 34 04 01

Herrn
Dieter Kunzelmann
1 Berlin 12
Kaiser-Friedrich-Str. 54a

Sehr geehrter Herr Kunzelmann!

Wir wenden uns heute mit einer Bitte und zugleich Frage an Sie und wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns diese bis zum 23.8.1967 telefonisch oder schriftlich beantworten würden.

Artikeln in den Zeitschriften "Der Spiegel" und "Pardon" entnehmen wir, daß zu Ihrer Wohn- und Lebensgemeinschaft auch zwei kleinere Kinder gehören, die jedoch offenbar polizeilich nicht gemeldet sind. Eines von ihnen, das einmal mit dem Namen Heike und einmal mit dem Namen Nessem erwähnt wird, soll die Tochter oder der Sohn von Frau Gertrud Hemmer sein. Von dem zweiten Kinde Grischa heißt es, daß es Ihnen von einer Freundin geschenkt worden sei. Diesem kurzen Hinweis ist nicht zu entnehmen, ob es sich bei ihm um Ihr eigenes ehelich geborenes Töchterchen handelt oder um ein für Sie zunächst fremdes Kind, dessen Sie sich angenommen haben und das dann nach den Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes ein Pflegekind wäre.

Wir dürfen Sie bitten, uns mitzuteilen, inwieweit die Angaben der Journalisten zutreffen, wie Namen und Geburtsdaten der Kinder lauten und wer deren Personenberechtigte bzw. gesetzliche Vertreter sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage
Unterschrift (Lindemann)

Mit den Kindern gibt es laufend Theater. Unser Haushaltsetat wird durch ihre Sandspiele in der Küche mit Mehl, Reis, Zucker und Haferflocken, vermengt mit Honig und Marmelade, jeden Monat gesprengt. Kochbücher oder Matratzen werfen sie aus dem dritten Stock; Schallplatten drehen sich langsamer mit Hilfe eines Schraubenziehers usw. usf. Sind wir auf dem Spielplatz mit ihnen und schlagen uns mit einem in die Büsche zum Scheißen, gleich rufen die anderen Mütter die Polizei, und es ist nicht einfach, den Beamten zu erklären, daß man es jetzt nicht verführen wolle und was man mit den Kindern überhaupt zu tun hat. Nehmen wir sie ins Audi-Max mit, steigen sie dem Opa Marcuse auf die Schulter, wo doch alle was hören wollen über Gegengewalt und so. Und dann diese repressionsfreie Erziehung - wenn das kein Terror gegen uns selbst ist.

Also: Wer braucht zwei Viecher? Billig abzugeben, gut im Schuß, bekannt durch Presse, Film, Funk und Fernsehen. Anfragen an....

DIE JUSTIZ IST GARNICHT SO - MAN MUSS IHR NUR RICHTIG IN DEN ARSCH TRETEN!

Löbe war und Fritz wurde entlassen. Wir haben ihn gebührend gefeiert. Abschluß einer lustigen Zeit. Den Brandstifterprozeß, die Moabiter Seifenoper, habt Ihr ja alle noch im Ohr.
Schöne Ferien - wärt Ihr nur dagewesen oder -geblieben. Was haben wir alles gemacht für "Freiheit für Teufel"!
Jetzt hinterher, liest sich das so trocken, wies garnicht war. Man muß sich immer dazudenken, wenn man nicht dabeiwar, wie wir gelacht haben - die spärlichen amtlichen Sachen hier lassen nur das Beste weg. Was soll uns der juristische Mist, wir werfen damit auf Andere.

# Seifenoper

Kaum war die Anklageerhebung sicher, da kam schon die Uni angelaufen, auch sie hätte was zu sagen - wer räts: ein Disziplinarverfahren für Fritz und Rainer holt sie aus dem Sack!

> "Anlaß hierzu hat die gemäß Nr. 29 der Mitteilungen in Strafsachen an den Rektor der FU gerichtete Nachricht gegeben, wonach der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin unter dem Aktenzeichen bla, bla, bla Anklage wegen des Verbrechens der Aufforderung zur Brandstiftung erhoben hat."

Wenn das kein teamwork ist.

Fritz ist da übrigens unangefochtener Sieger, niemand von uns hat so viele Disziplinarverfahren wie er. Durch die Landfriedensbruchsachen hat er uns wieder weiter abgehängt.

Dann kamen die Zwei schönen Tage - sehr schnell übrigens. Die Justiz hatte es eilig, da sei eine Wirtschaftssache ausgefallen, und welch Zufall, hatte man doch gleich sich unser anzunehmen gewußt. Der Richter fand das verdienstvoll, sonst sei die Justiz doch so langsam, sagten alle Leute, und jetzt seis auch wieder nicht recht. Wie mans macht..... der Arme.

Ja, und dann siegten wir. Wir wurden irgendwieso zu Irren erklärt, Gutachten folgt:

(506) 2 PKLs 3/67 (55/67) Berlin, den 17.7.67

S t r a f s a c h e

g e g e n 1. den Studenten der Psychologie Rainer Langhans geb. am 19. usw. usf.

2. den Studenten der Publizistik Fritz Teufel, geb, am usw. usf.

w e g e n Aufforderung zur menschengefährdenden Brandstiftung

Die 6. große Strafkammer des Landgerichts Berlin hat aufgrund der Hauptverhandlung vom 6. und 7. Juli in der Sitzung vom 7. Juli 1967

beschlossen und verkündet

1. Aufgrund des in der Hauptverhandlung am 6. und 7. Juli 1967 von den Angeklagten gewonnenen, von der Norm nicht unwesentlich abweichenden Personenbildes, insbesondere ihres Auftretens, ihrer Auffassungen und Lebensführung sollen beide Angeklagte psychiatrisch und neurologisch von Obermedizinalrat Dr. Spengler, Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin, untersucht werden.
Der Sachverständige soll ein ausführliches schriftliches und wissenschaftlich begründetes Gutachten zu den Akten einreichen.

2. Die Hauptverhandlung wird ausgesetzt.

3. Neuer Termin von Amts wegen.

Dr. Schwerdtner

Ausgefertigt
Jaeckel Justizangestellte als Urkundsbeamter des Landgerichts Berlin

Dafür schulden wir vielen Professoren Dank, was ihnen peinlich sein dürfte. Die wiesen nach, daß wir alles gar nicht so meinten, daß das eigentlich unverbindliche Literatur sei und überhaupt ziemlich schlecht gemacht, außerdem sei das alles schon dagewesen(aber besser!) - und jeder mußte sich ein bißchen oder mehr distanzieren, bedauernd, daß man sich in der gegenwärtigen Situation gezwungen sah, sich mit der Kommune zu solidarisieren, wie Prof. Landmann, bei dem hinzukommt, "daß, wie ich auch den AStA schon einmal wissen ließ, ein Engagement gegen die Kriegführung der USA in Vietnam für mich im gegenwärtigen Augenblick unglaubwürdig geworden ist, solange es sich nicht verbindet mit einem Engagement auch

gegen Nasser und seinen pseudosozialistischen Faschismus." Außerdem seien die Flugblätter "reichlich geschmacklos", "kritisieren... mit häßlichen Mitteln", "wirken... reichlich verworren und unreif. Sie stehen nicht auf der Höhe der Reflexion."
So hat jeder seine eigene Vorsicht bei der heißen Sache, Prof. Eberhard nennt sie "ohne Zweifel teilweise geschmacklos" und "ihre Verteilung töricht", Prof. Szondi betrachtet das Ganze rein "als Philologe" und verurteilt die "enthaltenen Injurien, Geschmacklosigkeiten und Unflätigkeiten", Dr. Heinrich erklärt uns mit Prof. Taubes[1] zum Phänomen jeweils des eigenen Faches, der Kybernetiker Prof. Frank("Literarische Texte zeichnen sich vielfach dadurch aus, daß bei ihnen statt oder neben der semantischen Funktion die pseudosemantische, statt oder neben der pragmatischen die pseudopragmatische auftritt.") erkennt mit seinem "gesunden Menschenverstand" nach langen fachlichen Ausführungen, daß sie "dürftiges Niveau" haben, Adorno wollte auch noch was schreiben auf Druck hin - schade, daß bisher nicht.
Prof. Nichols sagt nur "unglücklich gewählt" und ein Prof. Jens nennt sie "durchaus unseriös", dilettantisch, "ein peinliches, sehr jugendliches Verkennen der Situation", "Gammlertheorie, abgesunkenes Kulturgut" und "mißverstandener Jonesco".
Ja schwierig, schwierig...!
Was dann sonst drin stand, war schon teilweise recht genau, aber immer ängstlich.
Professores Wapnewski und Hochheimer, Doctores Kluge und Baumgart allerdings erkannten nicht die Gefährlichkeit solcher Beschäftigung, sie gutachteten eben(Hochheimer befriedigend).
Es gab auch Leute, die wollten eine Zusicherung vor Erstellung des Gutachtens, daß wir es wirklich nicht so gemeint hätten.
Unsere Prachtstücke kommen aber noch - was die anderen vorsichtig nur nannten, hier stehts mutig und deutlich:

Zuerst der Boß:

Hans Werner Richter

8 München Pasing Rembrandtstr. 7
Tel. 88 04 86
1 Berlin-Grunewald Erdener Str. 8
Tel. 30 33 21 69

Herrn
Rechtsanwalt
Horst Mahler

1 Berlin 15
Konstanzer Str. 59

---

[1] ("Es durchzieht die Dokumente der "Kommune I" ein quietistisches Moment.")

Sehr geehrter Herr Mahler,
ein Gutachten literarischer oder politischer Art zu diesen Flugblättern der Kommune I ist kaum möglich. Literarisch sind sie undiskutierbar, politisch bieten sie ein verworrenes Konglomerat von pubertärer sich anarchistisch gebender Revolutionsromantik, spätbürgerliche Jugendträume.
Diese Texte haben weder etwas mit Marxismus - aller Spielarten - noch mit Maotsetung oder Hochiminh zu tun, auch nichts mit jenen bedeutenden Dokumenten des europäischen Anarchismus der Vergangenheit. Es sind Texte von Wichtigtuern, dumm, arrogant, geschmacklos, Texte einer schlecht gemachten und miserabel geschriebenen Bierzeitung. Ich kann sie beim besten Willen nicht ernst nehmen, bedaure aber sehr, daß die Behörden sie ernst nehmen. Gruppen dieser Art hat es immer gegeben, auch in der Weimarer Republik, auch in dem Berlin dieser Zeit. Man hat sie nicht beachtet. Warum beachtet man sie heute? Warum spielt man ihre Ambitionen hoch, in der Presse, im Fernsehen, durch die Behörden, und jetzt in diesem Prozeß mit Hilfe der Justiz? Sie wollen ja verurteilt werden. Begreift man denn nicht diese Art kleinbürgerlicher Provokation? Sie spielen Revolution und diskreditieren zugleich alle revolutionären Bestrebungen, sie spielen Revolutionäre und dienen den Reaktionären. Eine Justiz, die sie anklagt und unter Umständen verurteilt, spielt ihr Spiel mit, sie macht aus pubertären Wichtigtuern gesellschaftspolitische Akteure, eine Entwicklung, die tief bedauerlich ist.
Ich meine, man sollte diese Gruppen leben lassen wie sie leben, man sollte sie nicht beachten, sie sterben immer wieder ab, die Zeit ist ihr Totengräber und ihr einzig mögliches Gericht. Juristisches Denken ist hier nicht angebracht. Eine Justiz, die sich mit ihnen abgibt, erreicht das Gegenteil von dem, was das Gesetz anstrebt, eine Gesellschaft, die sie ernst nimmt, scheint mir gefährdet.
Dies ist meine Ansicht. Ach, lieber Herr Mahler, ist es denn nicht möglich, daß solche Verfahren rechtzeitig niedergeschlagen werden, sie diskreditieren alle und alles, aus Unfug, von mir aus auch gr[illegible]en Unfug, wird mit der Zeit ein Malheur, ein politisches Malheur, und das ist schlimm in einem Land von unpolitischen Menschen bewohnt wird. Beweis: Die Flugblätter der Kommune I.
Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr
(Hans Werner Richter)

Und dann, siehe Flugblatt 17:

Günter Grass

1 Berlin 41
Niedstr. 13

am 5. Juli 1967

Herrn Rechtsanwalt
Horst Mahler
1 Berlin 15
Konstanzer Straße 59

Über die Flugblätter VI - IX der Kommune I

Auf Grund der Anklage stellt sich die Frage: Ergibt sich aus diesen Flugblättern eine ernstgemeinte oder ernst zu nehmende Aufforderung zur Brandstiftung?

Die Antwort darauf verlangt, daß diese Flugblätter zu allererst von der Form her analysiert werden; es soll versucht werden, sie als Ergebnis und Fortführung mehrerer Traditionen zu sehen.
Als unmittelbares Vorbild mag für die Kommune I der flugblattartige Aufruf"Der Hessische Landbote" des Medizinstudenten und späteren Schriftstellers Georg Büchner aus dem Jahre 1834 gelten. Nach dem Vorbericht beginnt dieser Flugblattaufruf mit einer Überschrift, die inzwischen zum revolutionären Slogan geworden ist und, oft abgewandelt, den radikalsten Forderungen von ganz links und ganz rechts den Vorspann liefern mußte: "Friede den Hütten! Krieg den Palästen!"
"Der Hessische Landbote", ein frühes Zeugnis deutscher politischer Agitation, hat seiner aufklärenden wie seiner demagogischen Tendenzen wegen Schule gemacht. Die Flugblätter VI-IX der Kommune I versuchen bewußt, den demagogischen Tonfall der Büchnerschen Flugschrift nachzuahmen, obwohl ihnen die sozialrevolutionäre Kraft fehlt. Ihres Inhalts beraubt, geraten die Kommune-Flugschriften in die Nähe der futuristischen Manifeste um die Jahrhundertwende. Die italienischen Futuristen um Marinetti machten damals von sich reden, indem sie neben ihrem ästhetischen Programm einen neuen Bildersturm entfesseln wollten, der in verbale Aufforderungen mündete, die Museen zu stürmen und die "Konservendosen der Kunst" einzuebnen.
Wir wissen heute, daß sich einerseits das ästhetische Programm der Futuristen fruchtbar ausgewirkt hat, und daß sich andererseits ihre Aufrufe zum Bildersturm in vulgärster Form und getragen vom Faschismus ausgetobt haben. Es ist bekannt, daß Marinetti den Begriff der Bewegung, - einerseits ein Merkmal des futuristischen ästhetischen Programms, - auch politisch verstanden hat. Die Schwarzhemden sowie faschistische Kampflieder sind Marinettis Erfindung.
Die Flugblätter VI - IX der Kommune I geben, - wie ich annehmen muß, unbewußt, - postfaschistische Züge frei. Deklamatorische Aufrufe wie: "burn, ware-house, burn!" sind vergleichbar den futuristischen deklamatorischen Aufrufen zum Bildersturm. Gleichfalls erinnere ich an den wiederholten Aufruf der "National- und Soldatenzeitung": "Schlagt die Sozis, wo ihr sie trefft." Wenn diese offenen Appelle an die Gewalttätigkeit der Staatsanwaltschaft als zulässig erscheinen, ist nicht einzusehen, warum die Fiktionen des Studenten Fritz Teufel Anlass zur Anklage sein können.
Das Dokument Nr. VII spricht im Zusammenhang mit dem Brand des Brüsseler Kaufhauses "A l'Innovation" von einem Großhappening. Hier fehlt der Raum, die seit einigen Jahren weltweit geübte Kunstform des Happenings als spätfuturistische Kümmerform zu analysieren. Dennoch möchte ich nicht versäumen, auch diesen Zusammenhang zu betonen, zumal alle Dokumente der Kommune I vieles mit Happening-Veranstaltungen gemeinsam haben: die lautstarke Unverbindlichkeit und die überhebliche Ausschließlichkeit einer Avantgarde, die von ihren Quellen, z.B. vom Futurismus, z.B. vom Dadaismus, keine Kenntnis hat oder keine Kenntnis nehmen will.
Meiner Meinung nach ist die unter dem Namen Kommune I bekanntgewordene Sekte, so sehr sie sich auf Mao und die Chinesische Kulturrevolution beruft, zu allererst von der europäischen Tradition des ideologischen Anarchismus her zu verstehen, der bekanntlich nicht ohne politische Folgen geblieben ist, die weit über die Wünsche und Erkenntnisse seiner Initiatoren hinausreichten. Die Trivialsprache einiger deutschsprachiger Zeitungen ist heute noch von diesen Folgen gezeichnet. Aufrufe in BZ an die Bürger der Stadt Berlin, den Studenten, Gammlern und Nichtstuern gegenüber

zur Selbsthilfe zu greifen, desgleichen die Aktionssprache der Werbeindustrie "Pack den Tiger in den Tank" lassen sich mit der bedenkenlosen Trivialität der Kommune-Aufrufe vergleichen. Werbesprache, BZ-Sprache und Kommune-Sprache zeigen gleichermaßen faschistische Symptome: Der Schrei nach Aktion(more power, more action) führt in der Tat, was den Tiger im Tank angeht, zur reflektionslosen Agressionsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten und auch der Polizei, führt in der Tat, was die Kommune I angeht, zu pseudorevolutionären Flugblättern, deren Gefahr in der Verächtlichmachung der Demokratie zu suchen ist und nicht in dem bloss verbalen Spiel mit dem Feuer.
Zudem basiert das Verhalten der Kommune auf dem Mißverständnis der soziologischen Schriften Herbert Marcuses. Differenzierendes Denken soll vulgär beim Wort genommen und in Aktion umgesetzt werden. Am Schluß seines Buches "Der eindimensionale Mensch" spielt Marcuse mit dem Gedanken, das Fernsehen und damit die Reklame abzuschaffen. "Das Nicht-Funktionieren des Fernsehens und verwandter Medien könnte so erreichen, was die immanenten Widersprüche des Kapitalismus nicht erreichten - den Zerfall des Systems. Die Erzeugung repressiver Bedürfnisse ist seit langem zum Bestandteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit geworden - notwendig in dem Sinne, daß ohne sie die bestehende Produktionsweise nicht aufrechterhalten werden könnte. Es geht weder um Probleme der Psychologie noch der Ästhetik, sondern um die materielle Basis der Herrschaft."

Da es mir nicht darauf ankommt, die Dokumente VI - IX der Kommune I zu verharmlosen, - ich lehne es ab, sie mit dem Prädikat "Schwarzer Humor" als ästhetisch vertretbar zu erklären, - und da ich andererseits nicht geneigt bin, diese Flugblätter zusammenhanglos zu sehen, ja, vielmehr meine, ihre Harmlosigkeit in den weitaus gefährlicheren Nachbarschaft der Werbeindustrie und der bewußt meinungsbeugenden Presse zu erkennen, sehe ich keinen Anlaß, diese pubertären Erzeugnisse einiger verwirrter, schon ältlicher Knaben als ernstmeinte oder ernst zu nehmende Aufforderung zur Brandstiftung zu werten.
Der schwärmerische Anarchismus der Dokumente VI - IX der Kommune I sagt viel über die Unzurechnungsfähigkeit der Kommune I aus, die allerdings auch ein Produkt und Spiegelbild unserer etablierten Gesellschaft ist. Diese Gesellschaft sollte die Ursache solcher Exhibition bei sich suchen und keine Märtyrer schaffen. Ein Staat, der die Kommune und ihre Produkte als öffentliche Gefahr wertet, beweist seine Unsicherheit und versucht die Wohltat demokratischer Nachsicht durch obrigkeitsstaatliche Härte zu ersetzen.

Unterschift Günter Grass

wie sagt Prof. Landmann:

"sehe ich mich in die Lage versetzt, eine Sache in Schutz nehmen zu müssen, an der ich mich aktiv niemals beteiligt hätte."

Die Armen!

Seit der Seifenoper sind Rainer und Fritz bunte Hunde, mit Nachrufen durch viele Berliner Bürger versehen(Vergasen! und anderes Bekanntes), doch auch Freundliches gibts, vom einfachen(allerdings meist besoffnen) Mann auf der Straße.
Gegen die Justiz, die Nutte, hat Jeder was.

Unser RA hat natürlich Beschwerde dagegen eingelegt, daß Fritz und Rainer zum Psychiater sollen.

Übrigens, nachdem wir dann ein Flugblatt im Justizpalast verteilt hatten, worin wir den Staatsanwalt Kuntze angriffen, weil er nur zwei von uns verknacken wollte(trotz der Selbstanzeige), wo doch alle dabeiwaren, wie er wußte, hat er dann doch reagiert.
Das bekamen die übrigen von uns und noch ein paar andere:

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht
Gesch.-Nr.: 2 P JS 1oo5/67

1 Berlin 21, den 31. Juli 1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 o1 oo, App. 662

Frau Gertrud Hemmer

Berlin 3o
Kurfürstenstr. 148

Ich führe gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Aufforderung zur menschengefährdenden Brandstiftung
(§§ 111 Abs. 2, 3o6 Nr. 3 StGB)
Anlaß dazu haben die am 24. Mai 1967 vor der Mensa der Freien Universität erteilten Flugblätter gegeben, die mit den Zahlen 6 - 9 versehen und unter dem 24.Mai 1967 datiert sind. Die Flugblätter weisen als Verfasser und Herkunftsbezeichnung die Kommune I aus, der Sie nach eigenen Verlautbarungen angehören oder jedenfalls seinerzeit angehörten.
Im übrigen haben Sie sich im Schreiben vom 27. Juni 1967 - neben anderen Personen - selbst der Urheberschaft und Verbreitung der Flugblätter bezichtigt.
Um Ihnen Gelegenheit zu geben, sich der Beschuldigung zu äußern, habe ich Ihre richterliche Vernehmung bei dem Amtsgericht Tiergarten beantragt.

Im Auftrage:
Kuntze
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt:
Ringleb
Justizangestellte

Die Vernehmungen laufen jetzt. Unsere Ladungen hatten den Zusatz:

"Soweit Ihnen für das hiesige Gerichtsgebäude Hausverbot erteilt sein sollte, gilt dieses Verbot für Ihre richterliche Vernehmung nicht."

Vielleicht, vielleicht ist uns das Glück hold und wir anderen kriegen auch so einen schönen Prozeß wie Fritz und Rainer.
Eigentlich müßten wir ja, den schließlich ist solche Anstiftung ein scheußliches Verbrechen.

## Fritz, der Landfriedensbruchpilot

Fritz wurde am 2. Juni vor der Oper gefasst. Er kriegte Schläge, Fußtritte und eine Zelle in Moabit. Dort saß er 7o Tage lang, glotzte vor sich hin und kam sich interessant vor.

RAM, advocatus diaboli, Chef der Gruppe Mahler, schaltet sich ein. Mit geheuchelter Verwunderung über die fortdauernde Freiheit des ehrenwerten Notwehr-Kurrass, will er schon am 7. Juni Haftverschonung für den rädelsführenden Friedensbrecher erschleichen.

Doch Teufel kriegt kein hitzefrei.(freut sich aber insgeheim, daß er sich wieter um die ihm lästigen Haushaltsarbeiten in der KI drücken kann.

Am 14. Juni ist Haftprüfung beim Amtsgericht Tiergarten. Es beschließt Fortdauer der Haftpflicht für Fritz, nachdem Staatsanwalt Hopke mit dem Hinweis auf die 1o ooo Mark, die er in seine Wohnungseinrichtung gesteckt hat, erläuterte, was er unter Wohnverhältnissen verstünde, die nicht "leicht lösbar" wären.

RAM kauft Entlastungzeugen, fälscht Fotos und Filme, macht, was ein linker Anwalt machen kann, und beantragt am 21. Juni Aufhebung des Haftbefehls & legt, weil er weiß, daß ihm das nichts nützt, Haftbeschwerde ein.

Auch die Justiz ist nicht ohne Dialektik. Am 24. Juni beschließt die 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin Haftverschonung (Erfolg des Hungerstreiks) und hebt ihren eigenen Beschluß am gleichen Tage wieder auf.(weil Rudi gefletschert hat.)

Das Kammergericht ist die oberste Berliner Instanz. Sie schickt dem Fritz am 3. Juni eine seidene Kordel mit versiegeltem Beschluß in seine Zelle. Der enthält: Ablehnung der Haftbeschwerde, weil zwei voneinander völlig unabhängige POWs(Polizeioberwachtmeister) bei ihren Aussagen bleiben.

"Die Bekundungen der von der Verteidigung benannten Zeugen sind bei der gegebenen Sachlage ebensowenig geeignet, den dringenden Tatverdacht auszuräumen wie die sonstigen Beweise, die die Verteidigung angeboten hat...Die Kosten der weiteren Beschwerde waren dem Beschuldigten aufzuerlegen."

Bums. Gezeichnet: Dr. Freund, Zelle, Selle(die Typen heißen wirklich so.)

In diesem Sinne häkelt dann auch der Generalwaldi beim Landgericht, der steckbrieflich gesuchte Freiheitsberauber Dr. Dehnicke am 13. Juli eine weitere Anklageschrift:

Der Generalstaatsanwalt bei
dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli
1967, Turmstraße 91

An das
Landgericht Berlin
- Große Strafkammer -

A n k l a g e s c h r i f t

Der Student der Publizistik
Fritz T e u f e l , ...
wird angeklagt,
zu Berlin Charlottenburg
am 2. Juni 1967 abends
an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, die mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten beging, als Rädelsführer teilgenommen und dabei selbst Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen zu haben,

indem er

während des Berlin-Besuchs des iranischen Kaiserpaares an den schweren Krawallen vor der Deutschen Oper sich beteiligte.

Bei Beginn der Räumung des südlichen Gehwegs der Bismarckstraße durch die Polizei rief er wiederholt und rhytmisch das Wort "Notstandsübung", was die Demonstranten zu Gewalttätigkeiten (z.B. zu Steinwürfen) gegen die Beamten veranlaßte.

Wenig später warf er, nunmehr auf dem Fahrdamm stehend, selbst einen Stein nach den Beamten.

Verbrechen, strafbar nach §125, Abs.1 und 2 StGB.

Beweismittel:

I. Eigene Angaben des Angeschuldigten.

II. Zeugen:
1.Polizeioberrat Heribert I w i c k i, 2.Polizeioberkommissar Heinz Bu r c k, 3.Polizeioberwachtmeister Dieter H e ß l e r, 4. Polizeioberwachtmeister Peter M e r t i n, 5.Kriminalobermeister Karl-Heinz B ö h m e.

III.
1. Skizze, gefertigt von dem Zeugen Heßler,
2. Fotos,
3. 2 Flugblätter und die Nr. 1 des "Oberbaum Blatt" vom 1. Juni 1967

IV. Anklageschrift in 2 P js etc.(Aufforderung zur Brandstiftung,FT)

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Der Angeschuldigte gehört der Gruppe "Kommune I" an, einer Gruppe von Studenten und ehemaligen Studenten, die sich zum Kommunismus rotchinesischer Prägung bekennt. Gegen zwei diser Gruppe - den Studenten der Psychologie Rainer Langhans und den hier Angeschuldigten Fritz Teufel - ist ein weiteres Verfahren - Aktenzeichen, §§... bei der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin anhängig; in der Anklageschrift vom 9. Juni 1967 ist Näheres über Ziele und Verhaltensweisen der Gruppe dargelegt. Die in jener Sache gewonnenen Erkenntnisse können, zumal Presse, Rundfunk und Fernsehen ausführlich über jenen Prozess berichtet haben, als gerichtsbekannt angesehen werden.

Kennzeichnend für die Haltung der "Kommune I" und die Form ihrer Kampfesführung ist das Oberbaum Blatt Nr.1 vom 1. Juni 1967 das der Angeschuldigte bei seiner Verhaftung bei sich hatte.

Der Besuch des iranischen Kaiserpaares in Berlin(WEST) am 2. Juni 1967 veranlaßte die Mitglieder der "Kommune I" zu gesteigerter Aktivität. Filmmaterial beweist ihre Anwesenheit bereits am Vormittag des 2. Juni 1967 bei einer Protestversammlung vor dem Rathaus Schöneberg. Besonders rührig war die Gruppe abends vor der Deutschen Oper in Charlottenburg. Die von der Verteidigung eingereichten Fotos zeigen, daß sich - außer dem Angeschuldigten Fritz Teufel - auch die Kommune-Mitglieder Volker Gebbert, Dieter Kunzelmann, Rainer Langhans und Dagmar Seehuber an den Demonstrationen beteiligten. Sie hielten sich gegen 2o.oo Uhr auf dem südlichen Gehweg der Bismarckstraße zwischen Krumme- und Sesenheimer Straße auf, etwa gegenüber der Deutschen Oper, wo - wie die Zeugen Iwicki und Burg bekunden werden - der Kern der Störer festgestellt wurde.

Auf der südlichen Fahrbahn der Bismarckstraße, unweit des Rinnsteins, hatte die Polizei ein sogenanntes "Hamburger Absperrgerät" aufgestellt, um zu verhindern, daß Demonstranten über die Straße hinweg zum Opernhaus vorstürmten. Unmittelbar davor befand sich eine lose Polizeikette. Gegen 19.15 Uhr standen die Menschen auf dem südlichen Gehweg der Bismarckstraße bereits so dicht gedrängt, daß der Fußgängerverkehr zum Erliegen kam. Schahfeindliche Plakate wurden gezeigt. Auch bildeten sich Sprechchöre, wie "Mo-Mo-Mossadegh" und "Ho-Ho Ho Tschi Minh"; durch rhytmisches Trillerpfeifen verständigten sich die Demonstranten, was gerufen werden sollte. Wenn Polizeibeamte oder Reporter vorbeigingen und Aufnahmen machten, ertönten laute "Buh"-Rufe. Als - etwa 1o Minuten später - eine Gruppe von schahfreundlichen Zivilpersonen vor der Oper ankam, stimmten die Demonstranten ein lautes Protestgeschrei an. Sie begannen, Tomaten, Gummiringe und Hühnereier zu werfen. Der Zeuge Polizeioberrat I w i c k i , dem die Leitung des Gesamtabschnitts um die Deutsche Oper oblag, erkannte, daß die Demonstranten auf dem südlichen Gehweg der Bismarckstraße offensichtlich Krawall machen wollten.

Gegen 19.3o begann die Anfahrt der Fahrzeuge, die die Ehrengäste in die Abendvorstellung brachten. Unter lautem Protestgeschrei flogen jetzt Rauch- und Knallkörper, mit Sand gefüllte Säcke, Gummiringe, Tomaten, Eier und Steine über den Mittelstreifen der Bismarckstraße hinweg in Richtung Opernhaus. Besondere Empörung und Aktivität bei den Demonstranten löste die Ankunft des Bundespräsidenten aus. Das Werfen ließ dann zwar etwas nach, hörte jedoch nicht auf. Die Absperrkette vor dem südlichen Gehweg mußte verstärkt werden.

Als gegen 19.55 das iranische Kaiserpaar eintraf, wurde das Protestgeschrei besonders stark. Knallkörper wurden geworfen, und Nebelkerzen verbreiteten auf der Straße Rauch, so daß die Sicht zeitweilig behindert war.(Zeuge Polizeioberkommissar Burck). Ein regelrechter Steinhagel(Mosaik-Pflastersteine) ging auf die vor der Oper und auf dem Mittelstreifen stehenden Personen nieder. Es kam zu teilweise erheblichen Verletzungen.

Der Zeuge I w i c k i gab deshalb Anweisung, den südlichen Gehweg der Bismarckstraße zu räumen. Um gutwilligen Zuschauern das Verlassen des Bürgersteigs über die Fahrbahn zu ermöglichen, wurden Teile des Absperrgitters ausgeklinkt. Durch Lautsprecherwagen und Handsprechgeräte wurde die Menge wiederholt und nachdrücklich zur Räumung aufgefordert. Einige Zivilpersonen folgten der Aufforderung. Ein großer Teil der Demonstranten, darunter die Angehörigen der "Kommune I", verblieben jedoch an ihrem Standort, obwohl das gerade inihrem Bereich offene Sperrgitter ihnen die Möglichkeit gab, sich zu entfernen. Diese Demonstranten blieben stehen oder ließen sich auf dem Gehweg zu einem Sitzstreik nieder.

Nunmehr wurde - ab 2o.o7 - die Räumung des Abschnitts durchgeführt.Zwei Gruppen eines Zuges der Polizei drangen in die Menschenmenge ein und bildeten zwei Polizeiketten. Während die eine das Nachrücken derjenigen Demonstranten verhinderte, die in Richtung Sesenheimer Straße standen, drängte die andere die Demonstranten in Richtung Krumme straße ab. Die erste dieser Polizeiketten hatte ihre Aufgabe alsbald erfüllt; sie konnte angesichts des "Sitzstreiks" wieder herausgezogen werden.

Auf dieselbe Weise wurden wenig später weiter westlich zwei andere Polizeiketten eingesetzt. Bei dieser Phase der Räumungsaktion leisteten einige Demonstranten erheblichen passiven Widerstand; sie mußten abtransportiert werden. Es dauerte etwa sieben Minuten, bis der ganze südliche Gehweg bis der Bismarckstraße geräumt war.

Der angeschuldigte Teufel, stets eines der aktivsten Mitglieder der "Kommune I", spielte kurz vor und während dieser Räumungsphasen eine besondere Rolle. Er fiel dem Zeugen Polizeioberwachtmeister Heßler dadurch besonders auf, daß er - zu diesem Zeitpunkt noch hinter dem Absperrgitter stehend - immer wieder das Wort "Notstandsübung" schrie. Offenbar war dies das Signal für einen Steinhagel aus einer Gruppe Demonstranten, die - etwas ostwärts von ihm - auf dem Gehweg zur Krummen Straße hin stand. Kurz nach diesem ersten Steinhagel und nachdem die auf dem Bilde 18o9/31 links sichtbare Polizeikette sich auf den Fahrdamm wieder zurückgezogen hatte, befand sich der Angeschuldigte zusammen mit etwa 8 bis 1o Personen diesseits des Sperrgitters auf der Straße. Sitzende Demonstran-

ten haben die Zeugen Heßler und Mertin zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bemerkt. Vielmehr warfen die Demonstranten vor und hinter dem Gitter außer Rauchkerzen, Tomaten, Eiern und mit Sand gefüllten Papiertüten jetzt auch erneut Steine.

Teufel beteiligte sich daran. Er holte weit nach hinten aus und schleuderte einen Gegenstand, der nach der Schilderung der Zeugen Polizeioberwachtmeister Heßler und Mertin ein Stein war, in Richtung auf die Polizeibeamten. Heßler beschreibt den Gegenstand als dunkelfarbig und kompakt, Mertin als eckig, von der Größe eines kleinen Pflastersteines (wie er zur Pflasterung von Bürgersteigen verwendet wird) und von erheblicher Fluggeschwindigkeit. Die Zeugen folgerten - unabhängig voneinander - aus ihren Beobachtungen, daß nur ein Stein in Frage stehen könne, wenngleich sie in der gegebenen Lage die Flugbahn und das Aufschlagen des Geschosses nicht weiter zu verfolgen vermochten, sondern sich auf die Festnahme des Angeschuldigten konzentrierten.

Unmittelbar nach dem Wurf des Angeschuldigten Teufel brach der Polizeioberwachtmeister Heilscher, von einem Stein getroffen, blutend zusammen. Er mußte von Kollegen weggeführt werden. Die Zeugen vermochten jedoch nicht anzugeben, ob gerade der Steinwurf des Angeschuldigten Teufel die Verletzung des Heilscher herbeigeführt hatte.

Heßler und Mertin, die verschiedenen Einsatzkommandos angehören und sich bis dahin nicht kannten, machten ihre Wahrnehmungen unabhängig voneinander, von verschiedenen Standpunkten aus und aus einer Entfernung von etwa 1o bis 12 m vom Tatort. Beide beeilten sich, den Angeschuldigten zu ergreifen. Bei Durchführung ihres Vorhabens trafen sie kurz vor Teufel zusammen. Dieser versuchte, durch das Absperrgitter hindurch wieder auf den Bürgersteig und damit zu dem Gros der Demonstranten zurückzugelangen, wo er wahrscheinlich schnell untergetaucht wäre. Dies gelang ihm jedoch nicht mehr. Die Beamten ergriffen ihn und Heßler sagte ihm, daß er vorläufig festgenommen sei.
Der Zeuge B ö h m e , der Teufel von früheren Vorfällen her kannte, wurde - auf dem Mittelstreifen stehend - auf die Szene aufmerksam. Er sah, daß der Angeschuldigte mit den Händen herumfuchtelte, und hatte den Eindruck, daß er sich loszureißen versuchte. Böhme lief deshalb über die Fahrbahn, um seinen uniformierten Kollegen beizustehen, und rief: "Das ist ja der Teufel!" Nunmehr ließ der Angeschuldigte sich fallen. Heßler und Mertin packten ihn an den Füßen, während Böhme seinen rechten Arm ergriff. Gemeinsam transportierten die drei Beamten den Angeschuldigten in Richtung Oper ab. Währenddessen näherte sich Teufel mit geöffnetem Mund der rechten Hand des Zeugen Böhme; augenscheinlich wollte er ihn beißen. Böhme ließ ihn deshalb mit der Rechten kurz los, faßte in sein dichtes Kopfhaar und hielt seinen Kopf fest, während er mit der Linken weiterhin den Arm gepackt hielt. Nach 8 bis 1o m übernahm ein anderer (uniformierter) Polizeibeamter den Transport des Festgenommenen für den Rest der Strecke bis zum Polizeifahrzeug. Die anschließende Fahrt zur Häftlingssammelstelle in der Keithstraße verlief ohne besondere Vorkommnisse.[1]

Der Angeschuldigte bestreitet, einen Stein geworfen zu haben. Unter Vorlage von Fotos behauptet er, aus einem Sitzstreik

---

1) Stimmt. Daß Demonstranten auf der Fahrt zum Polizeirevier verprügelt werden, ist in Berlin kein besonderes Vorkommnis.

heraus im Zusammenhang mit der Räumungsaktion festgenommen worden zu sein. Keine der Aufnahmen stellt jedoch den Beginn des Festnahmevorganges dar. Aus den Bildern, die teils vor und teils nach der Festnahme des Angeschuldigten aufgenommen worden sind, ist der Ablauf des Geschehens nicht zu ersehen.

Die Bekundungen der von der Verteidigung benannten Zeugen sind, wie der 1. Strafsenat des Kammergerichts in seinem Beschluß vom 3. Juli 1967 ausführt, nicht geeignet, den dringenden Tatverdacht auszuräumen, so daß es deren Vernehmung nicht bedarf.[1]

Der Angeschuldigte wirft den Zeugen Heßler und Mertin vor, sie hätten ihn durch Tritte ins Gesäß und in den Rücken sowie durch Schläge mit dem Gummiknüppel mißhandelt und an den Haaren hochgezogen. Dies ist jedoch nach dem Ergebnis der Ermittlungen unrichtig und vermag den Angeschuldigten im übrigen nicht zu entlasten.[1]

Es wird beantragt,

unter Zulassung der Anklage das Hauptverfahren zu eröffnen und die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Berlin - Große Strafkammer - stattfinden zu lassen

sowie

Haftfortdauer zu beschließen.

Dr. Dehnicke

Endlich kann auch der Disziplinarausschuß wieder in Aktion treten. Am 25. Juli eröffnet er "ein weiteres"(das vierte) Disziplinarverfahren gegen Fritz.
Steter Tropfen höhlt den Teufel.
Wenn das Dutzend(Disziplinarverfahren)voll ist, wird er schon zu Kreuze kriechen. Denken die vielleicht.

Bei Flugblattaktionen in Moabit kriegen Kommunemitglieder und andere Hausverbot im Kriminalgericht. Da ist die KI ganz schön in der Zwickmühle.Einerseits Hausverbot, andreseits laufend Vorladungen und Verfahren. Zum Exempel dieses:

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Berlin 19, den 28.Juli 1967

Herrn
Dieter Kunzelmann etc.

Gegen Sie führe ich ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach §§ 185 ff StGB. Anlaß dazu haben die am 25. Juli 1967 im Kriminalgerichtsgebäude... verteilten, als "Steckbrief" gegen den Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin aufgemachten Flugblätter gegeben. und so weiter und so fort

I. A.

P a g e l

Oberstaatsanwalt

---

1) [illegible]

Briefe von draußen sollten den Fritz, der in dieser Zeit sehr verschlossen wirkte, etwas aufmuntern. Aber nicht alles, was man ihm schickte, kam auch an. So erhielt er statt eines Briefs von Dieter einen Beschluß vom Landgericht.

Beschluß

In der Strafsache

g e g e n — den Studenten Fritz Teufel z. Zt. in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaftanstalt Moabit,

w e g e n — Landfriedensbruchs

wird der an den Angeschuldigten gerichtete Brief von Dieter Kunzelmann, Kommune I, vom 16. Juli 1967 gemäß § 91 StPO beschlagnahmt und von der Weiterbeförderung ausgeschlossen. In dem Brief heißt es: "daß dieser Ulrich Eurensberger[1] für Dich sitzen soll, womit er doch nicht ganz unrecht hat, denn immerhin war es doch Ulrich, der aus dem Polizeirevier in der Kantstraße[2] per Walkie-Talkie die Demonstration vor der Oper geleitet hat und ohne seinen Befehl hättest Du sensibler Mensch niemals die drei Polizisten erstochen."

Wegen dieser Mitteilung ist der Brief als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung. Der Brief ist zu den Akten zu nehmen.

Berlin 21, den 19. Juli 1967
Landgericht, 5. Ferienstrafkammer

Pahl — Meyer-Haack — Endel
(Stempel und Unterschrift der Urkundsbeamtin)

Was Fritz darauf geschrieben hat, wurde nicht zu den Akten genommen - auch die Zensur pennt mitunter(nicht nur der Staatsanwalt beim Prozess).

Fritz schrieb, daß er eigentlich nur zum Messer greift, wenn ihm die Maschinengewehrmunition ausgegangen ist, daß er aber noch 1o ooo Schuß hatte, die er mitsamt der Waffe auf dem Weg zum Polizeirevier verschluckte, weshalb er noch heute unter einem metallischen Rülpsen leide.

War aber auch gar nicht so einfach gleichzeitig den Fritz im Knast und die andern draußen im Auge zu behalten.
Mal brennt es bei Springer, mal qualmt die Gedächtniskirche.

Die Kommune wird immer dreister und entweiht am 9. August den staatlichen Trauerakt für Weimars Gerstenmaier, Löbe. Die Volksseele kocht, aber der Fritz wird am 1o. August entlassen.

---

1) Schreibweise der Strafkammer
2) Ulrich war am 2. Juni schon vor Fritz festgenommen worden, weil er in einem Auto an der Oper vorfuhr, das mit einem Schah-Steckbrief beklebt war.

Dabei hat sich eigentlich nicht viel geändert, juristisch. Die 5. Ferienschlafkammer des Langerichts (Pahl, Schwerdtner,Endel) weist darauf hin(Schrieb vom 1o. August), daß dringender Tatverdacht und Fluchtgefahr weiter bestehen.

Der Brandstiftungsrichter Schwerdtner(6.Strafkammer), frisch aus dem Urlaub zurück, den er sofort nach dem Brand-Prozess antreten mußte, hat es abgelehnt den Landfriedensbruch "zum Zwecke der Verbindung" mit dem schwebenden Brandstiftungsdingens zu übernehmen. Der hat die Nase voll. Somit ist die 8. Schafkammer zuständig. Die hat aber wichtigeres zu tun. Eine internationale Wirtschaftsstrafsache, vorrangig.

"Schließlich dürfte der Anreiz des Angeschuldigten zur Flucht auch durch die Anordnung der beschließenden Strafkammer, vor der Eröffnung des Hauptverfahrensvon der Verteidigung benannte Entlastungszeugen vernehmen zu lassen, erheblich vermindert sein."

Was soll denn das nun wieder?Hat doch das Kammergericht längst entschieden, "daß die von der Verteidigung benannten Zeugen nicht geeignet sind, den dringenden Tatverdacht auszuräumen." Und wo die 8. Strafkammer doch so viel zu tun hat. Aber, so heißt es schließlich in dem Schrieb, der die Entlassung begründen soll:

"Diese Umstände rechtfertigen die zu treffende Außervollzugsetzung des Haftbefehls, da der Angeschuldigte nicht auf nicht absehbare Zeit in Haft gehalten werden kann."

Wieso eigentlich nicht?

Und was macht die Justiz, nachdem der Teufel die polizeiliche Meldeauflage ignoriert?

Hat sie Fritz 7o Täge brummen lassen, um jetzt Schindluder mit sich treiben zu lassen?

D i e i n d e n A r s c h g e t r e t e n e J u s t i z sieht sich plötzlich in derselben Lage, in die sie normalerweise ohne viel öffentliches Aufsehen ihre Opfer versetzt, sie

l i e g t a u f d e m B a u c h u n d z a p p e l t.

Fritz meldet sich nicht bei der Polizei.

Ohne Personalausweis fährt er mit seinem Reisepass, wohin er will.

KNASTPOST

Die Aktion "Trost in die Zelle" bescherte Fritz manch schönen Brief.

Da schreibt zum Beispiel Richard Braas aus Manderbach über Erfahrungen mit Psychiatern:

"Im Jahre 1935 war es als mich der NS-Psychiater Dr. Gans frug, ob ich wüßte, warum die Bohne entgegen dem Uhrzeigersystem,links herum an der Stange hochwachse, und ob ich nicht meine, daß der

Mensch das ändern könne. Als ich auch die dritte Frage, warum das Wasser bei dem Ablassen aus einem Spülbecken zum Schluß anfängt,sich im Kreise zu drehen, nicht erschöpfend beantworten konnte, führte das wegen "angeblicher Schizophrenie" zur Zwangssterilisation, wofür ich bis heute noch keinen Pfennig Entschädigung erhalten habe."

Zwei Seelen wohnen in der Brust eines Linken, der es vorzog anonym zu schreiben:

Lieber Fritz!

Ich muß Dir gestehen,daß ich mich oft über Dich und Deine Freunde geärgert habe:Ihr habt uns ziemlich regelmäßig in den letzten monaten die ganze schöne linke Politik kaputtgemacht!Das mit Rektor Lieber und den Rachidioten mag noch hingehen,obwohl es Nevermann sicher ziemlich zurückgeworfen hat,ich behaupte,daß er damals auf dem richtigen Weg war- egal,aber die Flugblätter bei der Urabstimmung haben mir gestunken.Wenn Ihr Euch damit nicht aus dem SDS herauskatapultiert hättet,wäre ich damals gegen Euch aktiv geworden. Die Flugblätter gaben ja einiges her,z.B. hätte es ein sauberes Beleidigungsverfahren geben können,womit man Dich vieleicht vor weiteren Misefen hätte schützen können.Aber der Rauswurf gefiel mir viel besser,obwohl dabei die ca.tausend Stimmen,die Ihr dem ASTA versaut habt,auch nicht zurückgewonnen werden konnten.Auch Eure Kaufhausflugblätter haben mich geärgert:Ich kann den ganzen Stil bei Euch nicht leiden.Gerade in unserer jetzigen gesellschaftlichen Situation kommt meines Erachtens alles darauf an,bei politischen Stellungnahmen den eigenen Standpunkt möglichst klar herauszuarbeiten und zu begründen und die politische Stoßrichtung eindeutig zu machen. Alles andere hat nicht den erforderlichen aufklärerischen Effekt. und dient nur der Selbsbefriedigung.Die Frage aber ob Ihr(nämlich Du und Deine Freunde) überhaupt berechtigt seid durch Eure exzessive politische Unanié politische Aktionen zu torpedieren,die Euren Intentionen ja keineswegs zuwiederlaufen,über diese Frage solltest Du einmal in Ruhe nachdenken,In der "Neuen Kritik " ,Heft 41 hat Lefèvre in hübscher Offenheit gesagt,daß Eure Aktivitäten(zusammen mit den Aktivitäten der Kommune II) den SDS in Berlin an den Rand der Handlungsfähigkeit[1] getrieben haben.Wenn das schon Lefèvre sagen muß,wie viel mehr trifft das für andere linke Aktivitäten zu.Daß ich mich jetzt auch noch für Dich einsetzen muß,bloß weil eine idiotische politische Führung an Dir ein Exempel statuieren will, das kann mir schon ein Zähneknirschen entlocken.Ich will Dir noch einmal sagen,daß ich die ganze Art wie Du und Deine Freunde Politik machen,Scheiße finde.Daß z.B. in der Öffentlichkeit viel von Dir die Rede ist,daß z.B. "Die Zeit"diesen duften Artikel über den Justitzskandal geschrieben hat,der um Dich inszeniert wird,daß es den"Hungerstreik" gegeben hat u.s.w.,all diese schönen politischen Schwelbrände,die die Reste der emotionellen Aufwallung nach dem 2. Juni darstellen, die haben andere Leute angezunden und am Brennen gehalten, da haben andere Leute ihre Energie eingesetzt, nie Deine Freunde aus Kommune I, o Schande!
Geradezu symbolisch für den Mist, den Ihr baut, finde ich ein nettes Erlebnis, das ich am 2. Tag des Hungerstreiks hatte. Ich gehe so an der Mensa lang, überall große Aufrufe, sich durch Hungerstreik mit Dir solidarisch zu erklären, um Mitternacht soll die 2. Schicht antreten usw., und wen sehe ich auf der kleinen Sonnenwiese: Deinen Freund Langhans mit einigen anderen Kommunarden, aus vollen Backen kauend, die Koteletts einwerfend, mehrere Portionen Kartoffelsalat stopfend. Ja, meinte R.: Hungere wer will! Irgendjemand soll symbolisch tatsächlich gehungert haben..Na ja, diese Farce ist zum Glück erst später entlarvt worden (Rudi lehrte Fletschern). Wenn Du überhaupt noch politisch potent bist, wenn

[1] geistreicher Druckfehler(im Original Handlungsunfähigkeit)

sie Dich eines Tages laufen lassen, so würde ich Dich nur um eins bitten: Sorg' mit dafür, daß die Kommune das politische Onanieren läßt. Statt dessen unterstützt die Versuche, eine breitere Basis in der Uni für wirklich linke Politik zu schaffen, denn die werden wir nötig haben. Wenn das Wintersemester beginnt, ist der 2. Juni weit weg und alle Solidarität ist im Eimer. Dann muß in sachlicher Überzeugungsarbeit das verlorengegangene Terrain neu erobert werden. Allein schon Runge mit seinem 'Komitee 2o. Konvent' zu stoppen, dürfte einige Anstrengungen verlangen. Da können wir keine Flugblättchen mit Eurer Männchen-Märchen-Psychologie gebrauchen.

Lieber Fritz: Ich finde, es ist eine Schweinerei, daß Du noch da bist, da, in Moabit. Es muß sehr heiß und unangenehm in der Zelle sein. Leider habe ich heute das dufte Flugblatt der Tschekisten nicht mehr da, in dem Du zur Selbstkastration aufgefordert wirst: Teufel, geh Du voran, ganz Berlin wird hinter Dir stehen. Hinterher gibts Teufelsei gebacken und mit Dutschkes Engelszunge garniert. Das war auch so ein Onanist, der den Mist fabriziert hat. Zum Glück kennen nur wenige Eingeweihte das Flugblatt, denn wir konnten es einziehen.

Sei nicht böse, politisch bin ich Dir auf Grund Deiner Methoden nicht grün, aber zur Zeit fühle ich mit Dir.

Tschüs!

Viel kritischer äußert sich da schon der Herr Müller aus Wilmersdorf:

"Sehr geehrter Herr Teufel!
Sie möchten gern Post haben. Warum nicht? Ich sage ihnen meine Meinung:
Leute wie Sie kann man nicht langenug einsperren. Sie Ratte!
Ihr Vater hätte seinen Saft an die Wand spritzen sollen: das hätte wenigstens noch ein gutes Tapetenmuster gegeben.
Sie müssen schmoren, bis Ihnen die Arschbacken zusammenwachsen.

Ihr ergebener
W. Müller"

Katharina (Adresse leider verschlampt) hat schon eine ganze Menge kapiert:

"Lieber Bum-mann Fritz! Berlin, den 9.8.67
Wir haben uns zwar noch nie gesehen, aber natürlich kenne ich Dein Gesicht und das der übrigen Mitglieder der 'Horror-Kommune' inzwischen aus der Zeitung. Nun habe ich 'per Zufall' Deine Adresse in die Finger bekommen und weil ich so gelacht habe über die Prozessberichte und darüber, wie Du und Rainer den armen Herrn Vorsitzenden so arg in Verwirrung gebracht habt(Habt Ihr denn gar kein Mitleid?)...ja, da dachte ich mir: Schreibst Ihm mal, dann hat er eine kleine Abwechslung. U-Haft ist sicher nicht sehr unterhaltsam, oder darfst Du lesen? Das Strafgesetzbuch vielleicht oder 'der rechte Weg zur gut-deutschen Demokratie'? Wenn Du möchtest, schicke ich Dir ein katholisches Aufklärungsheftchen(Natürlich nur das für Jungen) denn sicher verwendest Du Deine viele Zeit zur inneren Einkehr und brauchst...ja, verlangst nach Hilfe, die Dir in jeder Beziehung, so auch in dieser, den rechten Weg zu weisen vermag.
Weisst Du, ich war ja garnicht so sehr einverstanden mit dem, was Ihr so alles getrieben habt. Ich empfand es als störend, kindisch, unüberzeugend und überflüssig. Aber wenn man heute sieht, was geschieht, was Ihr alles in Gang gesetzt habt, dann möchte man Euch fast recht geben. Ich bin halt mehr für Überzeugung per Verstand, aber was erreicht man im Grunde damit. Ihr überzeugt zwar nicht, aber ihr legt den Finger auf die Wunden unserer Gesellschaft, ihr zeigt sie so deutlich, dass selbst der bornier-

teste Spießer aufhorchen muß. Eigentlich passt Deine U-Haft sehr schön ins Bild und kommt uns ganz zupass. Nur für Dich ist es beschissen und wenn dann noch wahrhaftig Gefängnis oder gar Zuchthaus(letzteres wäre glatter Wahnsinn[1]) dabei herausspringt ...Warum bist Du nicht so brav wie ich und hältst Dich schön im Hintergrund. Mich würden sie nicht einlochen, weder mit noch ohne Steinwurf, ebensowenig wie den, der den Stein auf den einen Polizisten nun wirklich geworfen hat. Ob Du nach diesen letzten Sätzen den Brief wohl noch bekommst? Und falls es die Herren, die diesen Brief ausser Dir noch lesen, interessiert: Meine Adresse steht auf dem Umschlag. Vollständig. Mensch, jetzt bin ich schon wieder richtig sauer geworden. Ich bewundere den stoischen Gleichmut, mit dem Du das alles nimmst. Ich wäre schon längst zusammengeklappt. Toi,toi,toi, Fritz. Alles Gute. Und wenn Dir das was hilft: Es gibt sogar Leute, die für Dich Moabit in die Luft sprengen wollen!!!

Deine Katharina

Ein Päckchen Scheiße für Fritz wurde von einem unbekannten Gönner an die ASTA-Adresse geschickt. Wasser auf die Mühlen derer, die behaupten, daß der ASTA jedesmal, wenn wir was machen, die ganze Scheiße abkriegt.

---

[1]) ersteres auch.

Zum Schluß!

So unzugänglich und gefühllos ist er gar nicht, der Moabiter Jungfernverein, wie man das denken könnte, wenn man nur seine Geschäftspost liest.
Man muß nur persönlich werden mit den einzelnen Mitgliedern, jeden für sich als Mensch nehmen, auch wenn er anfangs dadurch etwas durcheinander kommt. Dann merkt mans schnell, daß nicht nur Albertz und Lieber rot werden, wenn man sie an den Schwanz fasst, sondern gerade auch Dehnicke, der immer so justizneutral tut.
AUCH DIE MOABITER JUNGFRAUEN SIND EIGENTLICH KEINE.

Ihr müßt ihnen nur natürlich kommen, - nicht gleich aufgeben. Freilich sie sind wahnsinnig kontaktarm, gehemmt, aber schließlich kapieren sies doch. Da sitzt der Fritz. Bei uns.
Im Moabiter Haus der Begegnung stehen viele Sachen an, die ganzen Prozesse vom Zweiten und vorher - alles Möglichkeiten, sich näher kennenzulernen, von mal zu mal besser.
NÜTZT DIESE GELEGENHEITEN !
Ihr könnt ruhig stürmisch werden, - bei dem verklemmten Verein.

Hier der Beweis:

Fritz rein oder raus - uns ist's egal.
Auf Eurem Bauch ist immer gut tanzen.
Was Ihr wollt- und Ihr wollt es ja nicht anders.

1 AR 465/67-WS 362/67
508 2 P JS 758/67 ( 79/67)

Herrn
Fritz Teufel

1 Berlin 10
Kaiser-Friedrich- Str. 54 a
bei Gebbert

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen
den Studenten Fritz T e u f e l, geboren am
17. Juni 1943 in Ingelheim, wohnhaft in Berlin 10
(Charlottenburg) , Kaiser-Friedrich-Str. 54a bei Gebbert,

wegen Landfriedensbruches

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht in der Sitzung vom 25. August 1967 beschlossen:

Die Beschwerde des Angeschuldigten gegen den Beschluß des Landgerichts Berlin vom 10. August 1967 wird auf seine Kosten verworfen.

G r ü n d e:

Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht hat gegen den Angeschuldigten Anklage wegen Landfriedensbruches nach § 125 Abs. 1 und 2 StGB erhoben. Das Landgericht hat vor der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens die Staatsanwaltschaft um weitere Ermittlungen in der Sache ersucht. Der Angeschuldigte befand sich in dieser Sache aufgrund des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten - 381 Gs 659/67 - vom 3. Juni 1967 seit diesem Tage bis zum 10. August 1967 in Untersuchungshaft. Mit dem angefochtenen Beschluß hat das Landgericht den Haftbefehl außer Vollzug gesetzt mit der Auflage, daß der Angeschuldigte seine Personalpapiere abgeben und sich wöchentlich zweimal auf dem für seinen Wohnsitz zuständigen Polizeirevier melden muß. Mit der Beschwerde begehrt der Angeschuldigte die Aufhebung der Meldeauflage; er hat sich auch bisher nicht auf seinem zuständigen Polizeirevier gemeldet. Das Landgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen und den Angeschuldigten darauf hingewiesen, daß er bei Nichterfüllung der Meldeauflage, die durch die Beschwerde nicht aufgehoben werde nach § 116 Abs. 4 StPO mit dem Widerruf des Haftverschonungsbeschlusses und dem erneuten Vollzug des Haftbefehls zu rechnen habe.
Der Generalstaatanwalt bei dem Kammergericht hält die Beschwerde für begründet. Er meint, daß bereits in dem angefochtenen Beschluß Gesichtspunkte angeführt seien, aus denen die Fluchtgefahr erheblich vermindert sei; darüber hinaus lasse das Verhalten des Angeschuldigten seit seiner Haftverschonung erkennen, daß er sich mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Verfahren nicht entziehen werde. Wenn er bisher der Meldeauflage nicht nachgekommen sei, so dürfte das nicht auf Fluchtabsichten beruhen, sondern seinem ganzen bisherigen Verhalten entsprechend darauf abzielen, Gerichte und Staatsanwaltschaft zu diskreditieren. Aus diesen Erwägungen hält der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht die Fluchtgefahr nunmehr für so gering, daß es der angefochtenen Meldeauflage nicht mehr bedarf, vielmehr das Einbehalten der Personalpapiere ausreiche, die Fluchtgefahr abzuwenden.

Die Beschwerde ist zulässig jedoch unbegründt.

Der Senat stimmt mit dem Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht nur darin überein, daß das gesamte Verhalten des Angeschuldigten und seiner Freunde darauf abzielt, Gerichte und Staatsanwaltschaft zu diskreditieren. Aber gerade darin liegt auch die Gefahr, daß der Angeschuldigte sich der Fortsetzung des Strafverfahrens zu gegebener Zeit entziehen wird.

Er und seine Gesinnungsgenossen erstreben eine Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung und erkennen deren Rechtsordnung nicht an. So hat der Angeschuldigte z.B. in einem anderen Verfahren einen von ihm begangenen Diebstahl mit seiner persönlichen Einstellung zum Privateigentum begründet. Er und seine Gesinnungsgenossen legen es geradezu darauf an zu beweisen, wie gering sie die Anordnungen von Gerichten oder anderen Behörden achten. Mitglieder der "Kommune I " haben Ladungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht beachtet mit der Begründung, sie hätten wichtigeres zu tun. Nach dem polizeilichen Vorführungsbericht vom 3. Juni 1967 soll der Angeschuldigte bereits in anderen Verfahren zu einer richterlichen Vernehmung nicht erschienen sein ( Bd. 1 Bl. 10 unten).
Unter diesen Umständen besteht nach Ansicht des Senats die Gefahr, daß der Angeschuldigte sich im kritischen Zeitpunkt der Fortsetzung des Strafverfahrens entziehen und gerichtlichen Ladungen keine Folge leisten wird. Dazu braucht er nicht Berlin oder die Bundesrepublik verlassen, sondern wird jederzeit unter seinen Gesinnungsgenossen Helfer finden, die bereit sind, ihn für einige Zeit zu verstecken. Aus diesen Gründen hat der Senat bereits in seinem Beschluß vom 3. Juli 1967 die Fluchgefahr bejaht. Inzwischen hat sich die Situation keineswegs zu Gunsten des Angeschuldigten verändert. Im Gegenteil wird die inzwischen erhobene Anklage nach § 125 Abs. 2 StGB nicht nur - wie der Haftbefehl - darauf gestützt, daß der Angeschuldigte bei der Zusammenrottung am 2. Juni selbst Gewalt gegen Personen angewandt hat, sondern auch darauf, daß er sich als Rädelsführer betätigt hat. Auch insoweit besteht dringender Tatverdacht, wie sich aus den in der Anklageschrift vom 13. Juli 1967 genannten Beweismitteln ergibt. Auf die Darstellung des wesentlichen Ergebnisses der Ermittlungen in dieser Anklageschrift wird Bezug genommen. Die Vernehmung der von der Verteidigung benannten Entlastungszeugen hat diesen dringenden Tatverdacht bisher nicht beseitigt. Hierbei ist zu bedenken, daß ein Teil dieser Zeugen der Beteiligung an der Straftat, die den Gegenstand des Verfahrens bildet, verdächtig ist.

Die unbegründete Beschwerde war deshalb mit der Kostenfolge aus § 473 StPO zu verwerfen.

Dr. Freund Selle Jericke

Ausgefertigt:

Unterschrift Lange
Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftstelle